

DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS

Internationale Revue

Herausgegeben von Professor Dr. R. Broda-Bern

10. JAHR

April 1917



Publikations-Organ des Instituts für internationale Austausch fortschrittlicher Erfahrungen und Organ des Bundes für Menschheitsinteressen und :: Organisierung menschlichen Fortschritts ::

Akademische Buchhandlung von Max Drechsel in Bern

Jährlich 4 Hefte für 6 Fr. (7 Mk. 50 Pf.). Mit d. Beilage „Dokumente d. völkerrechtli. Entwicklung“: 8 Fr. (10 Mk.). Einzelhefte der „Dokumente des Fortschritts“ Fr. 1.50 (2 Mk.).

INHALT:

**DIESE NUMMER IST VORWIEGEND DEN FRAGEN DER SOZIALEN REFORM UND
SOZIALEN HYGIENE, DER FRAUEN- UND ARBEITERBEWEGUNG GEWIDMET.**

Oberrichter R. FRÖHLICH, Bern: Der Gesamtarbeitsvertrag in der Praxis	67
PROF. DR. R. BRODA, Bern: Heimarbeiterschutz während des Krieges	71
LEOPOLD KATSCHER: Mieterziehungsvorbilder	77
MARIE KOSCINSKA, Breslau: Rückblick auf die Geschichte der Eugenik	82
Chronik	88
ED. BERNSTEIN, Mitglied des Deutschen Reichstags, Berlin: Die Arbeiterbewegung nach dem Kriege	94
DR. A. FOREL, ehemaliger Professor an der Universität Zürich: Fortschritte der Alkoholverbotsgesetzgebung vor dem Kriege und während des Krieges	106
LIDA GUSTAVA HEYMANN, München: Frauenbewegung nach dem Kriege	110



DEN UMSCHLAG ZEICHNETE LUCIAN BERNHARD.

OBERRICHTER R. FRÖHLICH, OBMANN DES MITTEL-LÄNDISCHEN EINIGUNGSAMTES (BERN): DER GE-SAMTARBEITSVERTRAG IN DER PRAXIS.

DAS Schweizerische Obligationenrecht enthält folgende Normen: „Art. 322. Durch Vertrag von Arbeitgebern oder Arbeitgebervereinigungen mit Arbeitern oder Arbeitervereinigungen können bestimmte Vorschriften für die Dienstverhältnisse der beteiligten Arbeitgeber und Arbeiter aufgestellt werden.“

Ein solcher Gesamtarbeitsvertrag bedarf zu seiner Gültigkeit der schriftlichen (12 ff.) Form.

Haben sich die Beteiligten über die Dauer des Gesamtarbeitsvertrages nicht geeinigt, so kann er nach Ablauf eines Jahres jederzeit auf 6 Monate gekündigt werden.

Art. 323. Dienstverträge, die von auf einen Gesamtarbeitsvertrag verpflichteten Arbeitgebern und Arbeitern abgeschlossen werden (322), sind, soweit sie den darin aufgestellten Bestimmungen widersprechen, nichtig.

Die nichtigen Bestimmungen werden durch diejenigen des Gesamtarbeitsvertrages ersetzt.“

Die beiden zitierten gesetzlichen Bestimmungen umschreiben bloss die Form für den abzuschliessenden, die Unabdingbarkeit des abgeschlossenen Gesamtarbeitsvertrages und dessen Kündigung beim Fehlen bezüglicher Vereinbarungen. Es sind Rudimente, welche der Ausgestaltung bedürfen; dem Praktiker bietet sich da ein weites Arbeitsfeld.

Einer Einladung* der Redaktion folgend, werden wir versuchen, den Weg, der u. E. eingeschlagen werden sollte, damit das Ziel erreicht werden kann, vorzuzeichnen.

Das gesteckte Ziel ist die Herstellung dauernden Friedens im Gewerbe und, wie wir zu hoffen wagen, auch in der Industrie. Die Streiks mit dem Belagerungskriege durch die Streikposten, die Aussperungen und wie die Kampfmittel alle heissen, dürften sich doch einmal überleben, und die Gewalt endlich auch hier dem Rechte weichen.

Wenn der moderne Staat die Selbsthilfe der einzelnen Person zur Verwirklichung ihrer vermeintlichen rechtlichen Ansprüche als Regel nicht duldet, so ist wahrhaftig nicht einzusehen, weshalb die Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer nach dieser Richtung hin anders zu behandeln wären. Es muss allerdings zur Entschuldigung jener Auswüchse im gewerblichen und industriellen Leben gleich eingeschaltet werden, dass von Seiten des Staates bislang zu ihrer Verhütung zu wenig geschehen ist. Neben der in den letzten Jahren erfolgten Einsetzung von Einigungsämtern (unseres Wissens in drei Kantonen: Zürich, Bern und Baselstadt), mit der Aufgabe, den Ausbruch sog. Kollektivstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu verhüten oder in ausgebrochenen zu vermitteln, ist nun durch die eingangs erwähnten gesetzlichen Bestimmungen auch von Seiten des Bundes etwas sehr zu Begrüssendes geschehen. Es ist in diesem Zusammenhang auch hinzuweisen auf die in Art. 30 ff. des Bundesgesetzes

über die Arbeit in den Fabriken vom 8. Juni 1914 vorgesehenen Einigungsstellen, welche nun alle Kantone einzuführen haben.

Soll aber der Gesamtarbeitsvertrag mit Erfolg als Friedensinstrument verwendbar werden, so ist u. E. hiezu dreierlei erforderlich:

1. muss der Abschluss derartiger Verträge gefördert werden und zwar für ein möglichst weites Geltungsgebiet, sog. Landesverträge mit Verbindlichkeit für die betreffenden Organisationen in der ganzen Schweiz;

2. der Bestand des Gesamtarbeitsvertrages während der ganzen Vertragsdauer ist sicherzustellen, m. a. W., es sind Kautelen sowohl gegen dessen partielle Verletzung als auch gegen die abrupte Auflösung zu schaffen;

3. es muss dafür gesorgt werden, dass bei normaler Beendigung des Gesamtarbeitsvertrages, Auslauf oder Kündigung, das vertragliche Verhältnis weiter besteht, bis ein anderes an die Stelle des bisherigen tritt; die Parteien müssen nicht in einen vertragslosen Zustand geraten, während welchem die Feindseligkeiten eben oft wieder ausbrechen.

Nach diesen drei Richtungen hin gestatten wir uns folgende Ausführungen:

Zu 1: Die Einigungsinstanzen, die Sekretäre der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen, aber auch die praktizierenden Juristen sind es, welche an erster Stelle Gelegenheit haben, auf den Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen hinzuwirken.

Zu 2: Die Parteien müssen zur Vertragstreue erzogen werden. Dies hat zu geschehen durch Belehrung über die Grundsätze loyaler Befolgung von Verträgen, durch Aufklärung über die zivilrechtlichen, aber auch über die moralischen Folgen von Vertragsverletzungen, durch Mitteilung von Erfahrungen von Seiten derjenigen Personen oder Organe, die durch die Parteien, sei es amtlich oder sei es privatum, angesprochen werden. Dadurch dürfte das Misstrauen, das bei den Parteien gegenseitig von früheren Kämpfen her besteht und die Arbeit der Friedensorgane schon oft zu einer erfolglosen gemacht hat, am ehesten beseitigt werden.

Allein das genügt nach unseren, zwar bescheidenen Erfahrungen, nicht, sondern es muss ein Zwang auf die Parteien ausgeübt werden können, dem sie sich umso eher unterwerfen werden, als es ja freiwillig geschehen soll. Dazu sind u. E. die paritätisch gebildeten (freiwilligen) Schiedsgerichte, mit erfahrenen Unparteiischen an der Spitze, eine zweckmässige Vertragsinstitution. Die bestehenden staatlichen Einigungsinstanzen reichen nicht aus, weil sie nur vermitteln; die Parteien sind nach der bezüglichen Gesetzgebung nicht schuldig, den Einigungsvorschlag oder den Schiedsspruch anzunehmen, sie können ihn vielmehr ablehnen, wenn es ihnen passt. Dazu kommt noch etwas: Die sog. Kollektivstreitigkeiten erstrecken sich infolge der zentralen Organisationen je länger desto mehr über das ganze Schweizergebiet, sodass die bisherigen staatlichen Einigungsinstanzen, weil ihre örtliche Zuständigkeit ja schon an der Amtsgrenze aufhört, nicht intervenieren können. Es ist nun aber schon vorgekommen, dass die Parteien den Schiedsspruch des Einigungsamtes angerufen und zum voraus erklärt haben, sie unterwerfen sich ihm (das zitierte Fabrikgesetz von 1914 sieht den Fall in Art. 34 auch vor). Es sind allerdings verschwindend geringe Ausnahmen; sie beweisen indessen, dass glücklicherweise nach

und nach die Einsicht bei den Parteien kommt, dass es besser sei, sich dem Urteile einer unparteiischen Instanz zu unterwerfen und Ruhe zu haben, als von dem Faustrechte Gebrauch zu machen, das von beiden Teilen grosse Geldopfer verlangt und, abgesehen von seiner Verwerflichkeit vom Standpunkt des Gesitteten aus, doch keinen dauernden Erfolg bringt.

Ueber die Organisation der vorgeschlagenen Schiedsgerichte verbreiten wir uns hier nicht weiter, das würde bei der Vielgestaltigkeit, welche bei den bisherigen bereits besteht, zu weit führen. Wir möchten nur das sagen: Die Tätigkeit in diesen Vertragsbehörden dürfte für die Syndikatssekretäre nicht nur ebenso interessant, sondern auch dankbarer sein und dem Einzelnen mehr Befriedigung bieten, als die aufreibenden Zeiten der Fehde.

Aber auch diese Schiedsgerichte können nach unseren Wahrnehmungen zur Zeit nicht überall genügen. Man hört gar zu oft, und zwar von Leuten, von denen man ein einsichtigeres Urteil erwarten sollte, die Aeusserung: die Verträge würden nicht gehalten und den Schiedssprüchen füge man sich nicht. Für die betreffenden Berufsarten muss u. E. deshalb für solange, bis das Misstrauen einmal geschwunden sein wird, noch etwas dazu kommen. Wir haben dafür die Vertragskaution im Auge, wie sie unseres Wissens in einem einzigen Landesvertrage (mit Geltung für die betreffende Organisation in der ganzen Schweiz) bereits bestellt ist. Diese Kaution wird von beiden Parteien in Geld oder in Wertpapieren, und für beide in gleicher Höhe geleistet und bei einem Bankinstitut hinterlegt.

Das Schiedsgericht beurteilt alle streitigen Fragen aus dem Gesamtarbeitsvertrage. Wird die eine Partei der andern gegenüber zur Leistung eines Geldbetrages verfällt, so wird der Betrag, sofern er nicht innert zu bestimmender Frist bezahlt wird, von der betreffenden Kaution genommen, und diese ist durch die Partei, die es betrifft, wieder aufzufüllen. Nichtausführung der Weisung des Schiedsgerichtes oder Nichtbefolgung seiner Urteile begründen Schadenersatzanspruch.

Die Höhe der Kaution ist so zu bemessen, dass ihr drohender Verlust prophylaktisch wirkt.

Die Erfahrung mit diesem, seit mehr als fünf Jahren bestehenden Vertrage hat gelehrt, dass die Vertragsparteien die Kompetenzen des Schiedsgerichtes künftig noch erweitern sollten dadurch, dass sie ihm ermöglichen, Vertragsstrafen auszusprechen und nicht bloss, wie es bisher der Fall war, Schadenersatzbegehren zu liquidieren. Dazu wäre u. E. erforderlich, die Kaution als Konventionalstrafe im Sinne der Art. 160ff. OR. zu bestellen. Und zwar müsste, durch Vereinbarung der Parteien, für das Schiedsgericht die Befugnis geschaffen werden, Konventionalstrafen minimal bis zu einem zu bestimmenden Betrage und maximal bis zur Höhe der geleisteten einfachen Kaution auszufällen, damit alle Vertragsverletzungen in kürzester Frist durch das Schiedsgericht behandelt und beurteilt werden könnten.

Die Autorität der Schiedsgerichte würde damit erheblich erhöht. Darin läge aber kein Nachteil für die Parteien. Sie müssen nur bei der Auswahl der Schiedsrichter und der Unparteiischen mit der grössten Sorgfalt vorgehen. Sie werden die richtigen Leute ebensogut finden, wie der Staat für seine ordentlichen Gerichte, die ja noch weit um-

fangreichere Spruchkompetenzen haben. Dann bleibt zur Beruhigung der Parteien immer noch die Einführung des Instanzenzuges (erst- und oberinstanzliche Schiedsgerichte), wie er in einigen Verträgen bereits besteht.

Zu 3 übergehend bekennen wir, dass hier das schwierigste Problem auf dem besprochenen Gebiete zu lösen ist. Von den Befürwortern der obligatorischen (Zwang-) Schiedsgerichte wird denn auch dem Gesamtarbeitsvertrage gegenüber eingewendet, er versage als Friedensinstrument mit seinem Ablauf.

Es ist zuzugeben, dass dies oft der Fall ist. Selbst dann ist es schon vorgekommen, wenn transitorische Klauseln das verhüten sollten.

Wir können, um nicht zu weitläufig zu werden, auf den Inhalt derartiger Klauseln, soweit wir sie kennen, wegen ihrer Mannigfaltigkeit hier nicht näher eintreten. Ihr Zweck ist der: es soll verhütet werden, dass nach Ablauf des geltenden Vertrages der Kriegspfad wieder beschritten werde und da findet man denn häufig in den bestehenden oder in früheren analogen Verträgen die Bestimmung, dass der Vertrag auch nach dessen Ablauf weiter dauern solle, bis ein neuer ihn ablöse. Allein es kommt in praxi oft vor, dass die Parteien wohl zu Verhandlungen über einen neuen Vertrag zusammentreten, aber nicht einig werden, die Verhandlungen abbrechen und die Kampfpositionen wieder beziehen, womit das eingangs erwähnte Ziel des Gesamtarbeitsvertrages wieder nicht erreicht wird.

U. E. kann auch hier die Erweiterung des Kompetenzbereiches der Schiedsgerichte durch entsprechende Vereinbarungen helfen.

Wie das Gesetz (Art. 322, Abs. 3 OR. bestimmt 6 Monate) für den Fall, dass der Gesamtarbeitsvertrag darüber nichts enthält, es tut, ist ist die Frist zu seiner Kündigung möglichst lang zu halten, damit, unter Mitwirkung des Schiedsgerichts, die Parteien rechtzeitig den neuen Vertrag vereinbaren. Gelingt das (es wird u. E. die Ausnahme bleiben) nicht, dann hätte das Schiedsgericht vor Auslauf des Vertrages die strittigen Punkte durch Urteil zu erledigen. Da die meisten Bestimmungen des alten Vertrages in den neuen hinübergenommen werden und als Diskussionspunkte die üblichen (Lohn, Arbeitszeit und oft auch die Vertragsdauer) bleiben, so dürfen die Parteien sich dem Spruche des Schiedsgerichtes vertrauensvoll unterwerfen. Eventuell hätte auch nach dieser Richtung hin die Kaution als Konventionalstrafe zu funktionieren — immer in der Meinung, dass das Risiko ihres Verlustes die Parteien davon abhalte, sich dem Spruch des Schiedsgerichtes nicht zu fügen — was durch vertragliche Stipulation festzulegen wäre.

Das sind in gedrängten Umrissen unsere Gedanken über die zukünftige Tätigkeit der Praktiker auf diesem Gebiete.

Es wird sich dieses Jahr zeigen, ob der mehrerwähnte Landesvertrag, welcher seit 1. Januar 1912 besteht und der sechsmonatlichen Kündigung auf 31. Dezember 1917 unterliegt, einmal überhaupt gekündigt wird und zum andern, wenn das der Fall sein sollte: ob er unter Mitwirkung des Schiedsgerichtes erneuert werden kann. Wir erwarten zuversichtlich das Letztere und, wenn sich unsere Hoffnung bestätigt, so braucht einem für die Zukunft um den dauernden Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Gewerbe und in der Industrie nicht bange zu sein. Dann muss man u. E. auf dem bereits eingeschlagenen

Wege in der vorgezeichneten Richtung weiter schreiten. Sollten wir, wider Erwarten, enttäuscht werden, so müsste man sich mit der Frage der Einführung der obligatorischen Schiedsgerichte, d. h. mit dem Zwang von Seiten des Staates, auch bei uns ernstlich befassen.

PROF. DR. BRODA, BERN: HEIMARBEITERSCHUTZ WÄHREND DES KRIEGES.

EINIGE DATEN.

DER grosse Finanzbedarf für militärische Zwecke hat naturgemäß in allen kriegsführenden Ländern das Ausmass der für soziale Reform verfügbaren Mittel sehr wesentlich beschränkt. Auch die ohnehin enorme Verteuerung aller Lebensbedürfnisse musste solchen Reformen, deren Kosten auf das kaufende Publikum übergewälzt werden konnten, entgegenwirken. Aus diesen beiden Gründen ist sowohl in Deutschland, als auch in den andern Ländern während des Krieges eine Verlangsamung im Tempo der Sozial-Reform eingetreten. Die deutsche Hausarbeitsgesetzgebung im besondern hat sich nicht weiter entwickelt.

Trotzdem gab es auch Faktoren, die, bes. in manchen andern Ländern, zur Weiterentwicklung des Heimarbeiterschutzes führten. Zunächst hat die Heimarbeit selbst durch Vermehrung der Heereslieferungen vielerorts an Ausdehnung gewonnen. Staatliche Eingriffe in die Freiheit der Lohnverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern liegen ferner im Geiste der Zeit, und sind vielfach durch die Notwendigkeit, Streiks in Munitionsfabriken zu verhindern, erzwungen worden. Diese allgemeine Stimmung musste der Heeresverwaltung auch nahe legen, Bestimmungen über die Heimarbeit zu treffen. Mitleidsgesichtspunkte gegenüber den Arbeiterinnen, vielfach Kriegerfrauen oder Kriegerwitwen, traten hinzu. Hatte man diese ohnehin durch staatliche Mittel zu unterstützen, so lag es nahe, ihnen auch durch Festlegung von Mindestlöhnen zu Hilfe zu kommen.

Auch in Deutschland ist mehrfach ein solcher Einfluss von Seite der mit der Vergebung der Heereslieferungen betrauten Stellen im Einzelnen geübt worden. Auch charitable und gewerkschaftliche Organisationen betätigten sich im deutschen Reich zu Gunsten der Heimarbeiterin. So hat der christliche Gewerkverein der Heimarbeiterinnen, wie die „Soziale Praxis“ meldet, in den beiden ersten Kriegsjahren Löhne im Ausmass von 5 Millionen Mark in seinen Nähstuben an 35 verschiedenen Orten ausbezahlt. Jede der Nähstuben beschäftigte durchschnittlich 9—10 Tausend Hausarbeiterinnen, gegenüber einer Gesamtzahl von 15 Tausend Gewerkvereinsmitgliedern. Die Stadtverwaltung und zum Teil auch die Beschaffungsstellen selber haben vielfach den Wunsch ausgesprochen, dass auch Unorganisierte durch den Verein beschäftigt werden möchten. Zuweilen handelte es sich dabei auch nicht um eigentliche Heimarbeit, sondern Strumpfstricken u. dergl., das nur ausnahmsweise von berufstätigen Heimarbeiterinnen ausgeübt wird. Die ausgezahlten Löhne waren sehr verschieden, je nachdem es sich nur

um Nebenerwerb oder Vollarbeit handelte. Durchschnittlich sind monatlich 250,000 Mark, in einem Monat sogar einmal 400,000 Mark ausgezahlt worden. Die kleinste der 35 Kriegsnähstuben beschäftigte 10, die grösste über 1800 Arbeiterinnen.

Wenn das Ausmass des Finanzbedarfs für Heereszwecke im Allgemeinen als Faktor gegen Ausbau der Sozialreform angeführt werden musste, so muss andererseits in Rechnung gezogen werden, dass es der Heeresverwaltung bei den ungeheuren Summen, die zur Verausgabung gelangten, relativ leicht wurde, gewisse Aufwendungen zu Gunsten der Heimarbeiterin zu machen. Ueberhaupt bringen ja die Heereslieferungen in allen Ländern so viel flüssiges Geld in weite Kreise, und haben vielfach so weit gehende wirkliche und scheinbare Geschäftskonjunkturen gezeitigt, dass man sich dadurch vielfach zu grosszügigen Massregeln, speziell zu Gunsten der Hausarbeiterinnen, angeregt fühlte.

Die bemerkenswertesten Fortschritte der so beeinflussten Heimarbeiterschutzbewegung haben sich in Frankreich vollzogen. Am 10. Juli 1915 trat das neue Schutzgesetz in Kraft, welches den Heimarbeiterinnen Minimallöhne *) in der vollen Höhe des durchschnittlichen Werkstättelohnes der gleichen (oder, wenn in einer Branche nur Heimarbeit besteht, einer verwandten) Industrie zubilligte. Die Feststellung dieses durchschnittlichen Tagelohnes für Werkstättearbeit wird eigenen Arbeitsräten und Sachverständigen-Ausschüssen übertragen, die ausserdem zu untersuchen haben, wie viel Zeit für die einzelnen Serienarbeiten erforderlich ist. Die Multiplizierung des so festgesetzten Tages- respektiv Stundenlohnes mit der Anzahl der für die einzelnen Herstellungen notwendigen Arbeitsstunden ergibt dann die Höhe des für jede Arbeit (z. B. Herstellung eines Hemdes) entfallenden Minimums an Stücklohn. Die Ziffern werden veröffentlicht, und wenn der Arbeitgeber weniger als den Minimallohn an eine Arbeiterin entrichtet, so steht nicht bloss ihr, sondern auch gewissen sozialen Verbänden, ja selbst Gewerkvereinen von Werkstättenarbeitern das Recht zu, den Arbeitgeber beim Gewerbe-gericht zu belangen und Zahlung der Differenz an die Arbeiterin zu fordern.

Im April 1916 wurden dann, zunächst in Paris, die Sachverständigen-Ausschüsse bestellt, und zwar 9 Kommissionen von je 4 Mitgliedern, von denen jede aus zwei Arbeitern und zwei Arbeitgebern besteht. Die Kommissionen sind für folgende 9 Gewerbe tätig: Damenschneiderei, Herrenschneiderei, Hüte, Herrenwäsche, Frauenwäsche, künstliche Blumen, Pelzwerk, Schirme, Stickerei und Schuhwaren.

Den Vorsitz führt stets der Friedensrichter des Bezirkes, in dem die Kommissionen ihren Sitz haben, und für die genannten Ausschüsse wurden die Friedensrichter von 9 Pariser Stadtbezirken mit dieser Aufgabe betraut. Die Kommissionen haben das Ausmass der Arbeitszeit, die zur Herstellung der einzelnen Objekte notwendig ist, festzustellen.

Schon vorher, am 30. November und am 4. Dezember wurde für Paris und das Seine-Departement das Lohnamt bestellt, welches den durchschnittlichen Werkstättelohn pro Tag und pro Stunde zu ermitteln hat. **) Aus diesem Stundenlohn ergibt sich dann durch

*) Wie bereits in der Aprilnummer 1916 dieser Zeitschrift berichtet wurde.

**) Wie in der Pariser „Humanité“ vom 17. April 1916 näher ausgeführt wird.

Einsetzung der für die einzelnen Verrichtungen notwendigen Arbeitszeit vermöge einfacher Rechnung das für die Herstellung festzusetzende Minimum des Stücklohnes.

Ein Appell von diesen Festsetzungen ist an eine Zentralkommission zulässig.

Das Arbeitsministerium erliess am 7. Juni 1916 ein Rundschreiben an die Fabrikinspektoren, in dem ihnen eingehende Verhaltungsmassregeln für Unterstützung der neuen Gesetzgebung, speziell bei Erhebung im Falle von Beschwerden, gegeben werden. Damit die Zentrallohnkommission bei der Fällung ihrer Entscheide in möglichst hohem Masse auf den Wert der gemachten Angaben gestützt werden kann, so sollen diese Angaben nicht bloss aus Erklärungen der Arbeitgeber oder der Arbeiterinnen hervorgehn, sondern sich auf Nachprüfung von Lohnbüchern oder andern Urkunden stützen, so oft es möglich ist, diese zur Einsicht zu erhalten.*)

„In allen Fällen ist die Quelle für jede Angabe genau namhaft zu machen, indem durch einen besondern Eintrag in einer Spalte erwähnt wird: a) Ob die Angabe durch Nachprüfung von Urkunden gewonnen worden ist; b) ob sie aus der Erklärung eines Arbeitgebers hervorgeht; c) ob sie aus der Erklärung einer Arbeiterin hervorgeht.

Eine ähnliche Tabelle kann aufgestellt werden zur Zusammenfassung der dem Inspektor von Arbeitgeber- oder Arbeiterorganisationen oder von der Intendantur gelieferten Angaben über Löhne, welche sich nicht auf die angeführten Werkstätten beziehen.

Sind in der Gegend und den Berufen, für welche der festgesetzte Mindestlohn gilt, keine Werkstättenarbeiterinnen desselben Berufes vorhanden, so hat der Bericht diesen Umstand ausdrücklich zu erwähnen; die Erhebung wird sich alsdann auf die Arbeiterinnenwerkstätten der Gegend erstrecken, in denen Arbeiten ausgeführt werden, die nach Ansicht des Inspektors als denjenigen des in Frage kommenden Berufes entsprechend angesehen werden können. Bezuglich dieser Werkstätten sind dieselben Angaben zu liefern, wie bezüglich des erstgenannten Falles.

Sind in der Gegend und dem Berufe keine Arbeiterinnenwerkstätten vorhanden, in denen entsprechende Arbeiten ausgeführt werden, so hat sich die Erhebung auf die Arbeiterinnenwerkstätten zu erstrecken, welche entsprechende Arbeiten in ähnlichen Gegenden ausführen.“

Ein neues Rundschreiben wurde am 17. Juli erlassen, es heisst darin**): „In einem Rundschreiben vom 7. Juli 1916 habe ich Ihnen mitgeteilt, auf welche Weise der Arbeitsinspektionsdienst die Erhebungen vorzunehmen hat, die aus Anlass von Beschwerden über den Zahlenbetrag eines von einem departmentalen Lohnausschuss festgesetzten Grundmindestlohn erforderlich sind.

Das gegenwärtige Rundschreiben bezweckt, die Normen festzustellen, die bei Erhebungen aus Anlass von Beschwerden, welche gegen die von einem beruflichen Sachverständigenausschuss für die Ausführung von Serien- oder Stückarbeiten festgesetzten Zeiten erhoben werden, erforderlich sind.

*) Siehe Bulletin des Internationalen Arbeitsamtes vom 16. Dezember 1916.

**) Siehe Bulletin des Internationalen Arbeitsamtes, gleichfalls vom 16. Dezember 1916.

Es wird ihnen übrigens nicht entgehen, dass diese Erhebungen nicht sehr zahlreich sein werden. In der Tat wird grundsätzlich nicht jedesmal, wenn Beschwerden in Bezug auf Artikel vorliegen, deren Herstellungsdauer bereits den Gegenstand einer Erhebung gebildet hat, eine neue Erhebung angestellt werden.

Gemäss § 5 des Art. 33g des Gesetzes sind die beruflichen Sachverständigenausschüsse beauftragt, die Tabelle der Zeiten aufzustellen, die zur Ausführung der Serienarbeiten für die verschiedenen Artikel und die verschiedenen Arbeiterinnenkategorien in den Berufen und den Gegenden, auf welche sich ihre Befugnisse erstrecken, notwendig sind.

Wenn hinsichtlich der Festsetzung des täglichen Mindestlohnes der Heimarbeiterinnen der Art. 33e, § 1, die Ermittlung der den Werkstättenarbeiterinnen gezahlten Preise durch die Lohnämter verlangt, so legt Art. 33g den beruflichen Sachverständigenausschüssen keine entsprechende Verpflichtung auf.

§ 6 des Art. 33g bestimmt lediglich, dass der auf serienmäßig hergestellte Artikel anwendbare Mindestlohn sich ergibt aus dem von den Lohnausschüssen festgesetzten Mindestlohn, multipliziert mit der Anzahl Stunden, die zur Ausführung der diese Artikel betreffenden Arbeit notwendig sind.

In den Erwägungen eines am 9. März 1916 über eine gegen die Herstellungsdauer gerichtete Beschwerde gefällten Urteils (Departement Hérault) sagt die zentrale Lohnkommission „dass, wenn die Werkstättenarbeitszeit nicht als einzige und notwendige Grundlage für die Festsetzung der Heimarbeitszeit dienen kann, nämlich dann, wenn infolge der Arbeitsteilung bei der Ausführung oder der Vervollkommenung der maschinellen Ausrüstung die Bedingungen im einen und andern Falle tiefgehende Verschiedenheiten aufweisen, so kann sie, im Gegen teil berücksichtigt werden, wenn diese Bedingungen sich deutlich entsprechen.“

Der Minister schreibt dann im einzelnen vor, wie die Erhebungen vorzunehmen sind. „Diese Erhebungen können sich nicht auf zahlreiche Arbeiterinnen erstrecken, haben sich aber mit besonders typischen Fällen zu befassen.“

Der Bericht hat anzugeben, welches die Bedingungen der maschinellen Ausrüstung und der Arbeitsteilung sind, unter denen die Arbeit in der Gegend gewöhnlich als Heimarbeit ausgeführt wird.

Die Ergebnisse der von dem Inspektionsdienst ermittelten Feststellungen und der von ihm gewonnenen Angaben über die Dauer der Ausführung der fraglichen Heimarbeit, sind in eine Tabelle einzutragen, welche angibt:

1. den Wohnort der Heimarbeiterinnen, welche besucht oder über welche zuverlässige Angaben erhalten worden sind;
2. die Gesamtzahl dieser, von der Erhebung erfassten Arbeiterinnen;
3. die Anzahl der von der Erhebung erfassten Arbeiterinnen, die eine über das Mittelmass hinausgehende Geschicklichkeit aufweisen, mit Angabe der von ihnen zur Ausführung der betreffenden Arbeit benötigten, mittlern Zeitdauer;
4. die Anzahl der von der Erhebung erfassten Arbeiterinnen, welche eine mittlere Geschicklichkeit aufweisen, mit Angabe der von ihnen zur Ausführung dieser Arbeit benötigten üblichen und mittleren Zeitdauer.

5. die Anzahl der von der Erhebung erfassten Arbeiterinnen, welche eine unter dem Mittelmass stehende Geschicklichkeit aufweisen. Mit der Angabe der von ihnen zur Ausübung dieser Arbeit benötigten mittleren Zeitdauer.

Die Erhebung ist an den verschiedenen Punkten der Gegend anzustellen, wo Arbeiterinnen diese Arbeit ausführen.

Bestehen in der Gegend merkbare Unterschiede in den Verfahren bei der Ausführung derartiger Heimarbeit (Maschinen, Handarbeit, Arbeitsteilung), so hat der Bericht für jedes dieser Verfahren eine Tabelle aufzustellen unter möglichster Angabe der Anzahl der Heimarbeiterinnen, die in der Gegend nach jedem dieser Verfahren arbeiten.“

Und weiter dann:

„Es ist auch von Interesse, die Dauer der Ausführung der bestrittenen Arbeit in gewissen Werkstätten der Gegend festzustellen, in denen die Arbeit hinsichtlich der Vervollkommnung der maschinellen Einrichtungen und der Arbeitsteilung unter Bedingungen ausgeführt wird, die verschieden sind von denjenigen, welchen man begegnet, wenn diese Arbeit als Heimarbeit ausgeführt wird. Es wird angezeigt sein, stets eine solche Erhebung vorzunehmen, falls man nicht Werkstätten mit einer der Heimarbeit vergleichbaren maschinellen Einrichtung und Arbeitsteilung angetroffen hat.“

* * *

Sowohl die autonomen Organe, wie auch Regierung und Fabrikinspektion, haben sich in Frankreich in entschiedener Weise für die Durchführung des neuen Gesetzes eingesetzt und speziell die tätige Herbeiziehung der Fabrikinspektoren mit ihrer grossen Sachkenntnis und Erfahrung dürfte besonders günstige Gewährleistung für praktische Ausführung des Gesetzes eröffnen. Sie entspricht auch den Anträgen, welche das „Institut für internationale Austausch fortschrittlicher Erfahrungen“ in den Jahren 1912 und 1913 auf Grund der Ergebnisse der australischen und englischen Heimarbeiterinnenschutzgesetzgebung gestellt hatte. Sie begegneten damals vieler Widerstande, und der Chef der französischen Fabrikinspektion wandte damals gegenüber dem Verfasser dieser Zeilen ein, dass er „nicht über hinreichend viele Inspektoren zur Ueberwachung des Gesetzes verfüge“. Es ist eine recht charakteristische Feststellung, dass jetzt, trotz des Krieges und trotz der Mobilisation so vieler Funktionäre, sich die Möglichkeit für Beteiligung der Fabrikinspektoren am Arbeiterinnenschutzgesetz nun doch ergeben hat.

* * *

Von ganz anderen Voraussetzungen ausgehend und in ganz anderer Richtung ist man kürzlich auch in der Schweiz zur Festlegung von Mindestlöhnen für einen Zweig der Heimarbeit, für die Stickereiindustrie, gekommen. In einer vom Bundesrat inspirierten Mitteilung vom 2. März 1917 heisst es darüber:

„Es sind dem eidgen. Volkswirtschafts-Departement Ende 1916 und in der ersten Woche 1917 seitens der Verbände der nicht für direkten Absatz arbeitenden Fabrikanten (Lohnsticker) der ostschweizerischen Stickereiindustrie verschiedene Eingaben zugekommen, in denen darauf hingewiesen wird, dass die Preise, zu denen die fabrizierte Ware den

Es wird ihnen übrigens nicht entgehen, dass diese Erhebungen nicht sehr zahlreich sein werden. In der Tat wird grundsätzlich nicht jedesmal, wenn Beschwerden in Bezug auf Artikel vorliegen, deren Herstellungsdauer bereits den Gegenstand einer Erhebung gebildet hat, eine neue Erhebung angestellt werden.

Gemäss § 5 des Art. 33g des Gesetzes sind die beruflichen Sachverständigenausschüsse beauftragt, die Tabelle der Zeiten aufzustellen, die zur Ausführung der Serienarbeiten für die verschiedenen Artikel und die verschiedenen Arbeiterinnenkategorien in den Berufen und den Gegenden, auf welche sich ihre Befugnisse erstrecken, notwendig sind.

Wenn hinsichtlich der Festsetzung des täglichen Mindestlohnes der Heimarbeiterinnen der Art. 33e, § 1, die Ermittlung der den Werkstättenarbeiterinnen gezahlten Preise durch die Lohnämter verlangt, so legt Art. 33g den beruflichen Sachverständigenausschüssen keine entsprechende Verpflichtung auf.

§ 6 des Art. 33g bestimmt lediglich, dass der auf serienmässig hergestellte Artikel anwendbare Mindestlohn sich ergibt aus dem von den Lohnausschüssen festgesetzten Mindestlohn, multipliziert mit der Anzahl Stunden, die zur Ausführung der diese Artikel betreffenden Arbeit notwendig sind.

In den Erwägungen eines am 9. März 1916 über eine gegen die Herstellungsdauer gerichtete Beschwerde gefällten Urteils (Departement Hérault) sagt die zentrale Lohnkommission „dass, wenn die Werkstättenarbeitszeit nicht als einzige und notwendige Grundlage für die Festsetzung der Heimarbeitszeit dienen kann, nämlich dann, wenn infolge der Arbeitsteilung bei der Ausführung oder der Vervollkommenung der maschinellen Ausrüstung die Bedingungen im einen und andern Falle tiefgehende Verschiedenheiten aufweisen, so kann sie, im Gegenteil berücksichtigt werden, wenn diese Bedingungen sich deutlich entsprechen.“

Der Minister schreibt dann im einzelnen vor, wie die Erhebungen vorzunehmen sind. „Diese Erhebungen können sich nicht auf zahlreiche Arbeiterinnen erstrecken, haben sich aber mit besonders typischen Fällen zu befassen.“

Der Bericht hat anzugeben, welches die Bedingungen der maschinellen Ausrüstung und der Arbeitsteilung sind, unter denen die Arbeit in der Gegend gewöhnlich als Heimarbeit ausgeführt wird.

Die Ergebnisse der von dem Inspektionsdienst ermittelten Feststellungen und der von ihm gewonnenen Angaben über die Dauer der Ausführung der fraglichen Heimarbeit, sind in eine Tabelle einzutragen, welche angibt:

1. den Wohnort der Heimarbeiterinnen, welche besucht oder über welche zuverlässige Angaben erhalten worden sind;
2. die Gesamtzahl dieser, von der Erhebung erfassten Arbeiterinnen;
3. die Anzahl der von der Erhebung erfassten Arbeiterinnen, die eine über das Mittelmass hinausgehende Geschicklichkeit aufweisen, mit Angabe der von ihnen zur Ausführung der betreffenden Arbeit benötigten, mittlern Zeitdauer;
4. die Anzahl der von der Erhebung erfassten Arbeiterinnen, welche eine mittlere Geschicklichkeit aufweisen, mit Angabe der von ihnen zur Ausführung dieser Arbeit benötigten üblichen und mittleren Zeitdauer.

5. die Anzahl der von der Erhebung erfassten Arbeiterinnen, welche eine unter dem Mittelmass stehende Geschicklichkeit aufweisen. Mit der Angabe der von ihnen zur Ausübung dieser Arbeit benötigten mittleren Zeitdauer.

Die Erhebung ist an den verschiedenen Punkten der Gegend anzustellen, wo Arbeiterinnen diese Arbeit ausführen.

Bestehen in der Gegend merkbare Unterschiede in den Verfahren bei der Ausführung derartiger Heimarbeit (Maschinen, Handarbeit, Arbeitsteilung), so hat der Bericht für jedes dieser Verfahren eine Tabelle aufzustellen unter möglichster Angabe der Anzahl der Heimarbeiterinnen, die in der Gegend nach jedem dieser Verfahren arbeiten.“

Und weiter dann:

„Es ist auch von Interesse, die Dauer der Ausführung der bestrittenen Arbeit in gewissen Werkstätten der Gegend festzustellen, in denen die Arbeit hinsichtlich der Vervollkommnung der maschinellen Einrichtungen und der Arbeitsteilung unter Bedingungen ausgeführt wird, die verschieden sind von denjenigen, welchen man begegnet, wenn diese Arbeit als Heimarbeit ausgeführt wird. Es wird angezeigt sein, stets eine solche Erhebung vorzunehmen, falls man nicht Werkstätten mit einer der Heimarbeit vergleichbaren maschinellen Einrichtung und Arbeitsteilung angetroffen hat.“

* * *

Sowohl die autonomen Organe, wie auch Regierung und Fabrikinspektion, haben sich in Frankreich in entschiedener Weise für die Durchführung des neuen Gesetzes eingesetzt und speziell die tätige Herbeiziehung der Fabrikinspektoren mit ihrer grossen Sachkenntnis und Erfahrung dürfte besonders günstige Gewährleistung für praktische Ausführung des Gesetzes eröffnen. Sie entspricht auch den Anträgen, welche das „Institut für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen“ in den Jahren 1912 und 1913 auf Grund der Ergebnisse der australischen und englischen Heimarbeiterinnenschutzgesetzgebung gestellt hatte. Sie begegneten damals vieler Widerstände, und der Chef der französischen Fabrikinspektion wandte damals gegenüber dem Verfasser dieser Zeilen ein, dass er „nicht über hinreichend viele Inspektoren zur Ueberwachung des Gesetzes verfüge“. Es ist eine recht charakteristische Feststellung, dass jetzt, trotz des Krieges und trotz der Mobilisation so vieler Funktionäre, sich die Möglichkeit für Beteiligung der Fabrikinspektoren am Arbeiterinnenschutzgesetz nun doch ergeben hat.

* * *

Von ganz anderen Voraussetzungen ausgehend und in ganz anderer Richtung ist man kürzlich auch in der Schweiz zur Festlegung von Mindestlöhnen für einen Zweig der Heimarbeit, für die Stickereiindustrie, gekommen. In einer vom Bundesrat inspirierten Mitteilung vom 2. März 1917 heisst es darüber:

„Es sind dem eidgen. Volkswirtschafts-Departement Ende 1916 und in der ersten Woche 1917 seitens der Verbände der nicht für direkten Absatz arbeitenden Fabrikanten (Lohnsticker) der ostschweizerischen Stickereiindustrie verschiedene Eingaben zugekommen, in denen darauf hingewiesen wird, dass die Preise, zu denen die fabrizierte Ware den

Bestellern geliefert werden müsse, ruinös seien, und dass die Anstrengungen, sie auf dem Wege gegenseitiger Verständigung zu verbessern, nicht zum gewünschten Erfolg geführt hätten. Das dringlichste Begehr der Lohnsticker ginge dahin, der Bundesrat möchte auf dem Wege einer ausserordentlichen Massnahme Mindeststichpreise für die wichtigsten Warenkategorien vorschreiben und in Verbindung damit den Gewinn der in vielen Fällen die Bestellungen vermittelnden Personen (Fergger) einschränken. Gleichzeitig beklagten sich die organisierten Stickereiarbeiter über allzu geringe Lohnung, und auch sie riefen die Intervention der Bundesbehörde an. Um die vorliegenden Verhältnisse klarzustellen und um zu prüfen, in welcher Art und Weise deren Regelung durch den Bund erfolgen könne, setzte sich das Departement mit den beteiligten Kantonsregierungen, mit dem Kaufmännischen Direktorium St. Gallen, Exporteuren, Schifflifabrikbesitzern, Schiffli洛hnstickern, Einzelstickern und Arbeitern in Verbindung. Von allen Seiten wurde die Notwendigkeit, dass der Bund zur Sanierung der Verhältnisse in der Stickereiindustrie Vorschriften erlasse, anerkannt. Ferner einigte man sich namentlich über die ziffernmässige Festsetzung von Mindeststichpreisen für gewisse wichtige Artikel der Schiffli- und der Handmaschinenstickerei, über die Normierung der Ferggerprovision und über die Festlegung von Mindestlöhnen der Arbeiter in der Schifflimaschinenstickerei. Auf Grund des aus den eingehenden Beratungen hervorgehenden Antrages des Departements hat nun der Bundesrat am 2. März einen Beschluss betreffend die Festsetzung von Mindeststichpreisen und von Mindeststundlohnen in der Stickereiindustrie gefasst.

Der Beschluss schreibt einerseits für einzelne Stichpreise und Arbeiterlöhne bestimmte Mindestsätze vor, anderseits erteilt er dem Departement die Befugnis, diese Sätze in der Folgezeit den Schwankungen des Marktes anzupassen und für einzelne der im Beschluss nicht tarifierten Warenkategorien bei eintretendem Bedürfnis Mindeststichlöhne aufzustellen, die zu den bis dahin vorgeschriebenen in einem angemessenen Verhältnis stehen. Vor Erlass einer Verfügung holt das Departement das Gutachten einer Fachkommission ein. Für alle Kategorien, deren Stichpreise nicht von der Bundesbehörde festgesetzt sind, gilt der Grundsatz, dass die Parteien Stichpreise vereinbaren müssen, die dem erwähnten Verhältnis entsprechen.

Der Beschluss stützt sich auf die dem Bundesrate erteilten ausserordentlichen Vollmachten.“

* * *

Es liegen hier also nicht in erster Linie humanitäre, sondern kommerzielle Erwägungen vor, aber im Endeffekt wird doch die Lebenshaltung der Heimarbeiter gegen ungünstige Einwirkung der Industriekrise geschützt.

Wie schon wiederholt in den Spalten dieser Zeitschrift angeführt, dürfte der allgemeine Zug nach dem Kriege in der Richtung einer Beibehaltung und Ausgestaltung der während der Kriegszeit vorgenommenen staatlichen Eingriffe in die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor sich gehen, um dem Arbeitsfrieden zu dienen (Streiks zu verhindern). Diese Tendenz

zu staatlicher Lohnfestsetzung wird naturgemäss auch der Minimallohn gesetzgebung zu Gunsten der Heimarbeiterinnen zugute kommen. Viele Anregungen werden sich so vereinen, um so vielleicht auch zu einer wirksamen Ausgestaltung des leider so unzulänglichen deutschen Hausarbeitsgesetzes vom Jahre 1911 zu führen und auch in Deutschland auf die Festlegung wirklich verbindlicher Minimallöhne für Heimarbeiterinnen hinzuwirken.

LEOPOLD KATSCHER: MIETERERZIEHUNGSVORBILDER.*)



ELBST ein starkes Angebot von gesunden, billigen Wohnungen in den Grossstädten und auch Gartenstädten würde nicht viel nützen, wo nicht die Vorbedingung zutrifft, dass die Mieter mit den guten Wohnungen auch richtig umzugehen wissen. Es ist klar, dass selbst die besten Wohnungen durch nachlässige Behandlung, durch gedankenlose Unordentlichkeit bald ungesund und hässlich werden können. Es ist daher unerlässlich, die Mieter zu Reinlichkeit, Hygiene, Pünktlichkeit usw. zu erziehen und ihnen in jeder Weise beratend an die Hand zu gehen. Man muss sie durch die Wohnung für die Wohnung erziehen. Dafür, dass dies leicht möglich ist, wenn man es richtig und energisch anzupacken versteht, will ich zwei wahrhaft vorbildliche Beispiele anführen: das System der berühmten, 1912 verstorbenen Londoner Armenwohnungsreformerin Oktavia Hill und die römischen „Bene Stabili“.

I.

Bekanntlich waren bis vor kurzer Zeit die Volkswohnungsverhältnisse in London die denkbar jämmerlichsten. Elende Unterkunft bei relativ sehr hohen Preisen bildete die Regel, die Folge war eine entsetzliche Uebervölkerung des Armenviertels. Hier setzte als erste Reformatorin Miss Hill schon 1864 ein, indem sie den berühmten Kunstschriftsteller John Ruskin bewog, ihr das Geld zum Ankauf dreier Versuchshäuser anzuvertrauen. In einer der schlimmsten Gassen des Viertels Marylebone begann sie ihre Tätigkeit mit so glänzendem Erfolg, dass ihr im Laufe der Jahre von vielen Seiten grössere Beträge zur Ausgestaltung ihres Systems zuflossen, so dass sie in den verrufensten Gegenden der Themsemetropole neue Häuser bauen und alte, halbverfallene zwecks Umbaues erwerben konnte.

Von allem Anfang an legte sie das Hauptgewicht auf die Erziehung der verkommenen Mieter, und gerade solche nahm sie mit Vorliebe auf. Wer sich nicht dazu verstehen wollte, pünktlich zu bezahlen oder einen unsittlichen bzw. verbrecherischen Lebenswandel aufzugeben, musste ausziehen. Die Mietpreise waren ausserordentlich mässig und an keine Partei wurde eine kleinere Wohnung vermietet als für die Zahl der Angehörigen gesundheitlich unerlässlich schien. Der Grundsatz, dass es keine Aftermieter geben darf, wurde von vorneherein

*) Nachdruck nur mit Genehmigung des Verfassers gestattet.

streng gehandhabt. Anfangs hielten es die Leute für überflüssig, mehr als ein Gemach zu bewohnen; aber allmählich gelang es, sie zu überzeugen, wie notwendig reine Luft für das Wohlbefinden sei, und sie nahmen ein zweites und, falls die Lage es gestattete, ein drittes Stübchen; um sie hierzu anzuspornen, überliess man ihnen den zweiten und dritten Raum entsprechend billiger.

In ihrem ebenso fesselnden wie lehrreichen Buche: „Work among the London Poor“, das zuerst vor rund vierzig Jahren erschien und mir damals wie eine Offenbarung vorkam, schrieb Oktavia Hill: „Mein Hauptbestreben geht dahin, Eigenschaften, die den Armen meist abhanden gekommen, in ihnen zu wecken: die Selbstachtung, den Sinn für Reinlichkeit und Ordnung, die Energie und den Fleiss. Dies erreiche ich, indem ich auf strenge Pflichterfüllung sowie pünktliche Zahlung der Miete sehe und meinen Schützlingen, statt sie durch Almosen zu erniedrigen, in Tagen der Not Arbeit zuweise. Jedem Menschen sollte es anheimgestellt bleiben, sich sein Leben nach Gutdünken einzurichten, da ihm in mancher Hinsicht ein besseres Urteil darüber zusteht als uns anderen, denn er hat durchgekämpft und durchgelitten, was wir nur gesehen haben. Unsere Aufgabe aber ist es, ihm den Geist einzuhauen, der ihn selbständig denken und urteilen lehrt.“

Anfangs gehörte viel Mut dazu, bei den rohen Bewohnern der baufälligen Häuser die Miete einzuhaben; die neue Wirtin erfuhr nicht wenig Unfreundlichkeit und Misstrauen, auch an derben Flüchen fehlte es nicht. Aber Miss Hill hatte die richtigen Gegenmittel: Menschenliebe, Volkskenntnis, Geduld, Ausdauer. Die Leute überzeugten sich bald, dass sie mit ihren Versprechungen wirklich Ernst mache, indem sie wirklich die verstopften Wasserleitungen reinigen, menschenwürdige Waschküchen und Badezimmer einrichten, die die Luft verpestenden riesigen Kehrichthaufen beseitigen liess. Und da sie trotz aller erfahrenen Härte fortfuhr, an jedem Montagabend die Mietgelder persönlich abzuholen und sich nie von selbst in Privatangelegenheiten mengte, wohl aber stets in freundschaftlichster Weise bereit war, Klagen oder Beschwerden anzuhören, gerechte Wünsche zu erfüllen, erbetene Ratschläge zu erteilen und auch greifbare Opfer zu bringen, um ihren Schützlingen aufzuhelfen, so gewann sie schliesslich das Vertrauen der letzteren so sehr, dass dieses auch auf den grossen Stab freiwilliger Helferinnen übertragen wurde, den sie im Laufe der Zeit, als die Zahl der von ihr verwalteten Häuser immer grösser wurde, um sich scharen musste, und die ganz in ihrem Geiste wirken. Sie starb 1912.

Sie liess weder zwei Trunkenbolde nebeneinander, noch eine verkommene Person neben einer anständigen hausen, denn die ersteren würden zusammen ihrer Leidenschaft fröhnen, und der Böse könnte den Ordentlichen verderben. Auf regelmässigen Schulbesuch der Kinder wird streng gehalten. Die Backfische müssen wöchentlich zweimal die Treppen und Gänge scheuern, wofür sie gut entlohnt werden und was sie an Reinlichkeit gewöhnt, so dass sie diese bald ins Innere des Heims verpflanzen; es dauert nicht lange, bis die Eltern sich schämen, den Kindern nachzustehen, und so wird das gewünschte Ziel erreicht.

Ueberhaupt war es ein oberster Grundsatz der Miss Hill — und es ist der erziehlich wirksamste — Mieter und Behausung gleichzeitig zu verbessern. Freilich gehören hierzu viel Geduld, opferfreudige Teil-

nahme, gutes Beispiel und eiserner Wille. Vor allem müssen die Leute auf die Selbsthilfe hingewiesen werden; die Grundlage hierfür ist aber die Erziehung zur Selbstachtung. Es ist der trefflichen Dame gelungen, in all den vielen Jahren relativ nur selten mit Geld aushelfen zu müssen. „Es ist viel leichter, hilfreich zu sein, als die Selbstbeherrschung zu besitzen, welche nötig ist, um leiden zu sehen, ohne mit Almosen einzuspringen,“ schreibt sie. Sie sorgte in Fällen der Not lieber für Arbeit. Deshalb auch verschob sie die nicht dringenden Reparaturen der Häuser bis zur „toten Zeit“ des Jahres, in der viele ihrer Mieter arbeitslos werden. Obwohl diese in der Regel keine Fachhandwerker sind, gibt es doch eine Menge Ausbesserungsarbeiten, die sie verrichten können und für die sie bezahlt werden. Die jungen Mädchen, die sich als selbständige und tüchtig bewähren, bringt man in angemessene Stellen; ebenso die Männer, die man besserer Stellungen würdig hält. Gar mancher Arbeiter, der einst nur mit Aufbietung all seiner Kräfte den Mietzins für ein Stübchen in einem alten Hillschen Hause erschwingen konnte, bewohnt heute mit seiner Familie ein eigenes Cottage auf dem Lande und verdankt dies seiner früheren Wirtin.

In richtiger Erkenntnis der Tatsache, dass zu einer guten Erziehung der Erwachsenen auch die Befriedigung der tief in der menschlichen Natur wurzelnden Liebe zur Abwechslung gehört, liess Miss Hill schon vor Jahrzehnten ein grosses Klublokal erbauen, das verschiedenen Nützlichkeits- und Unterhaltungszwecken dient. Wöchentlich einmal findet daselbst eine zahlreich besuchte „Arbeitsstube“ für „ihre“ Frauen und Mädchen statt. Jeden Samstag erscheint eine Helferin dort, um die Ersparnisse der Mieter zur Verwaltung zu übernehmen und freundliche Worte der Aufmunterung oder der Ermahnung auszuteilen. Für die Kinder liess Miss Hill ein grosses umzäuntes Grundstück als Spielplatz herrichten; hierdurch sowie durch Landpartien und mancherlei Festlichkeiten sorgte sie für das Wohl der Kleinen.

II.

Das sehr geglückte, für Italien geradezu bahnbrechende Unternehmen „Bene Stabili“ in Rom, ein mustergültiger Versuch vernünftiger Mietererziehung, ist eine Schöpfung des bekannten Ingenieurs Talamo, der es auch leitet. Es zeichnet sich u. a. auch dadurch aus, dass es trotz seiner ausserordentlichen Gemeinnützigkeit verschmäht, sich das Mäntelchen der Philanthropie umzuhängen. Es gibt sich als geschäftliches Unternehmen und Talamo ist zugleich Vertreter der betreffenden Teilhaber. Diese wollen aus ihrer Kapitalanlage eine, wenngleich bescheidene Verzinsung ziehen und ihr Erfolg beweist von neuem, was sich in andern Ländern so oft erwiesen hat: dass ein humanitäres Ideal durchaus nicht unvereinbar ist mit wohlverstandenen Geschäftsinteressen — eine Wahrheit, welche von den Wohnungsreformern allenthalben leider nur zu oft vergeblich betont wird, wenn es sich darum handelt, reiche Leute zum Bau gemeinnütziger Volks- und Arbeiterwohnungen zu veranlassen.

Die „Bene Stabili“ verdanken ihre Entstehung einer Finanzkrise, welche die Bank von Rom sehr gegen ihren Willen in den Besitz einer beträchtlichen Anzahl von Häusern brachte, in denen sie Hypotheken-

gelder stecken hatte. Bei den nachherigen Zwangsverkäufen erwarben die „Bene Stabili“ viele dieser Bauten zu sehr niedrigen Preisen, um sie teils entsprechend umzugestalten, teils niederzureißen und durch neue zu ersetzen. Die letzteren waren zwar kaum dreissig Jahre alt, aber dennoch bereits in sehr schlechtem Zustande, da die Besitzer angesichts der Minderwertigkeit der betreffenden Mieterkreise und der Geringfügigkeit der Verzinsung des Anlagekapitals nicht nur jede Neuerung, sondern auch die dringendsten Ausbesserungen abgelehnt hatten, wozu noch ein sehr verbreitetes Aftermieter- und Schlafstellenunwesen getreten war, das, wie ja auch in andern Ländern, eine arge Uebervölkerung dieser Arbeitshäuser und damit eine weitere Verschlechterung der Wohnungen nach sich zog, in denen von Hygiene ohnehin keine Rede war. Es handelt sich hier um das Elendviertel San Lorenzo mit seinen schauderhaften Behausungszuständen und seinem Mangel an Gärten oder auch nur Bäumen,

In diesen römischen „slums“ entfalteten die „Bene Stabili“ eine überaus gründliche Erneuerungstätigkeit. Hier konnten sie sich nicht, wie in den in andern Stadtteilen erworbenen Häusern, auf das Umbauen beschränken; hier galt es, wie gesagt, einreissen und neubauen — moderne, gesunde, reine, den Bedürfnissen kinderreicher Arbeiterfamilien angepasste Wohnhäuser erstellen. Das Werk ist schon so weit gediehen, dass bereits rund 500 Familien untergebracht sind. Auf keinen der Wohnräume dürfen mehr als zwei Personen entfallen, von falscher Sparsamkeit keine Spur. Für den Zutritt von Luft, Licht und Sonnenschein ist reichlich gesorgt, und zwar nicht nur durch eine praktische Lage der Häuser, sondern auch durch breite Erker und in die Mauern eingelassene Lüftungsvorrichtungen.

Diese ganze Häusergruppe bildet ein gewaltiges Doppel-Viereck mit einem blumen- und baumbepflanzten Riesenhof. Die Mitte der Gesamtgruppe wird von einem Gebäude eingenommen, welches in seiner Gänze ein völliges Novum bildet, wenngleich ich einzelne Züge davon bereits früher in den Londoner Volkswohngesellschaften des „Guinness Trust“ und in den vorbildlichen Bauten der Wiener Kaiserjubiläumsstiftung angewendet gefunden habe. Ich spreche von einer Einrichtung, die ich das „soziale Herz und Hirn“ der „Bene Stabili“ nennen möchte, denn in diesem Hause sind die Wohlfahrtseinrichtungen untergebracht, auf welche der ebenso menschenfreundliche wie geschäftskluge Talamo für seine Mieter bedacht war und auf die ich noch zurückkomme.

Zu ebener Erde befinden sich die Loge und die Wohnung des Pförtners, ein Aufbewahrungsraum für Fahrräder und Kinderwagen, ein Lese- und ein Plaudersaal für die Mieter, sowie ein Teil der Wohnungen. Die übrigen Wohnungen verteilen sich auf die oberen Stockwerke. Zu jeder Wohnung, umfasse sie nun 1, 2 oder 3 Stuben, gehört eine helle Küche und ein eigenes Klosett. Die Mietpreise sind sehr mässig; nur 20—48 Lire monatlich, wobei die unentgeltliche Benutzung aller vorhandenen Wohlfahrtseinrichtungen einbegriffen ist. Jede der beiden Wohnungsgruppen, in welche das Ganze geteilt ist, hat zwei Stiegenhäuser, in deren Wände kurze und eindrucksvolle Aussprüche eingefalzt sind, welche die Bestimmung haben, sich den Mietern dauernd ins Gedächtnis zu prägen; sie sollen sie immer wieder an das grosse Interesse er-

innern, das sie daran besitzen, ihre Wohnungen gut instand zu halten und dauernd in ihnen zu bleiben.

Diese Tendenz bringt Talamo „seinem“ Völkchen noch durch manche andern Mittel bei, die teilweise praktischer Art sind und sich teilweise an das Gefühl wenden. Hierher gehören in erster Reihe die beträchtlichen sozialen und wirtschaftlichen Vorteile, die er ihnen in dem schon erwähnten Wohlfahrthause bietet. Die Lese- und Sprechräume habe ich bereits gestreift. Dazu kommen die mit chirurgischen Instrumenten, einer Apotheke und Desinfizievorrichtungen versehenen ärztlichen Räume, in denen täglich mehrere Stunden lang ein Arzt zur Verfügung der Mieter und ihrer Familien steht; nötigenfalls besucht er bettlägerige Kranke in ihren Wohnungen. Für ansteckendkranke Patienten ist ein Isoliersaal vorhanden. In einem geräumigen, hellen, im Winter geheizten Saal ist ein Dutzend Nähmaschinen untergebracht, deren sich die weibliche Einwohnerschaft ohne Entgelt zur Herstellung oder Ausbesserung von Wäschestücken und Kinderkleidern bedienen darf; erleichtert wird die Arbeit durch eine elektrische Vorrichtung, welche die beliebige Regelung des Maschinenganges gestattet.

Die fortschrittlichste und glücklichste Einrichtung des Wohlfahrtsgebäudes sind die auf den Grundsätzen der berühmten Erzieherin und Aerztin Montessori beruhenden „case dei bambini“. Jeder der beiden Blocks hat sein eigenes „Kinderhäuschen“. An diese Neuerung knüpft Talamo mit Recht die allerbesten Hoffnungen auf die Hebung des Geistes- und Gefühlsniveaus der Mieter und mittelbar auch ihres Sinnes für eine gute Wohnungspflege. Auch hier wird sich die so häufig gemachte Erfahrung bewähren — sie bewährt sich teilweise schon jetzt — dass man die Eltern am besten durch die Kinder erzieht. Deshalb haben die „Bene Stabili“ daran wohl getan, zu bestimmen, dass auch jede ihrer künftigen Häusergruppen mit einem „Kinderhäuschen“ auf Montessorischer Grundlage, deren hoher Wert fraglos ist, werde versehen sein müssen.

Der Hauptbestandteil jeder „casa dei bambini“ der „Bene Stabili“ ist ein helier, heiterer Saal mit kleinen Tischchen und losen Stühlichen, die von den Kindern nach Belieben hin und her getragen werden dürfen. Passende Bilder schmücken die Wände und eine Menge der verschiedensten Gegenstände stehen den Kleinen zu beliebigem Begucken und Experimentieren zur Verfügung. Die Erziehung der Sinne spielt hier eine grosse Rolle; selbst das Lesen und Schreiben wird unter planmässiger Ausbildung des Tastsinnes und der Muskeltätigkeit unterrichtet. Der Hauptsaal grenzt an einen Garten, dessen Beete nicht nur dem häuslichen Gemüsebau dienen, sondern auch von den Kleinen unter Anleitung zu gärtnerischen Versuchen benutzt werden dürfen. Nebenan befindet sich ein Zimmer für den Arzt und dessen Hausapotheke, ferner eine Kleiderkammer, in welcher jedes Kind jeden Morgen seinen bestimmten Platz mit einem Motto oder einer Blume geschmückt findet. Wohldurchdachte Geschicklichkeits- und Bewegungsübungen bringen die Kleinen bald dazu, ihre Ueberkleider ohne Hilfe an- und auszuziehen. Ein Wasch- und Toilettenraum vervollständigt die „casa dei bambini“, in welcher ausser den Vorschulpflichtigen auch die andern, wenigstens in der schulfreien Zeit, fesselnden und nützlichen Beschäftigungen nach-

gehen können, die sie der Strasse und schlechter Gesellschaft fernzuhalten vermögen.

Das Vorhandensein dieser trefflichen Einrichtung — einer Mischung von Krippe, Kindergarten und Volksschule — bietet den Eltern überdies den Vorteil, sorglos ihrer auswärtigen Arbeit nachgehen zu können. Ein weiterer Vorzug ist, dass die Leiterin dieser Anstalt im Hause wohnt und jederzeit bereit ist, die Mieter oder deren Frauen mit Ratschlägen, Winken und Anregungen zu unterstützen. Die Wohnungen werden den Eltern durch die Heiterkeit und Sonnigkeit der in so muster-giltiger Weise erzogenen Kinder doppelt verschont und daher doppelt lieb gemacht, sodass sie bestimmt sie und die Treppen reinhalten, sich vielleicht auch um die Blumenanlagen des Riesenhofes kümmern und sehr wahrscheinlich die vor ihren Fenstern angebrachten Blumenkästchen nicht ohne Füllung und Pflege lassen werden. All dies ufnso mehr, als Talamo — nach dem Vorbilde der bekannten Daytoner National-registrierkassenfabrik — eine grosse Anzahl von Preisen geschaffen hat, welche alljährlich für die am besten gehaltenen oder am schönsten geschmückten Wohnungen verteilt werden. Preise gibt es auch für diejenigen Frauen oder Mädchen, die den Leiterinnen der „casa dei bambini“ am meisten an die Hand gegangen sind. Seit einigen Jahren ist, ebenfalls wie bei der genannten amerikanischen Gesellschaft, die Preisverteilung mit einem eigenartigen „Bürgerfest“ verknüpft, an der sich auch Nichtmieter, die in San Lorenzo wohnen, in grosser Zahl beteiligen. Die Preise sind verlockend genug; einige erstrecken sich sogar auf die Erlassung einer Monatsmiete.

* * *

Möchten die Lehren Talamos und der Hill überall beherzigt werden! Dann wird das Wohnungselend der grosstädtischen Arbeiterklasse sehr abnehmen. Diese zwei Beispiele zeigen klar, von welchem Geiste die Wohnungsreform beseelt sein sollte, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen will, die Volkswohndungsfrage in den Industriemittelpunkten ihrer Lösung wirklich ganz nahe zu bringen.



MARIE KOSCINSKA, BRESLAU: RÜCKBLICK AUF DIE GESCHICHTE DER EUGENIK.



UGENIK ist die Wissenschaft von der Kunst, gut geboren zu werden. Nach Francis Galton, dem Vater dieses neuen Wissenschaftszweiges ist sie „das Studium der Faktoren — sowohl der physischen wie der geistigen — welche die Rasseeigentümlichkeiten der zukünftigen Generationen verbessern oder verschlechtern können“. Zwei Faktoren haben bis auf den heutigen Tag bewirkt, dass das Darwinsche und auch Spencer bekannte Gesetz von der „Auslese der Tüchtigen“ in sein Gegenteil umgekehrt wird, nämlich: Die Art verschiedener, Wohlfahrtszwecken dienender Einrichtungen, welche die Fortpflanzung von schwachen, untauglichen Ele-

menten nicht unterbinden, und dann Kriege, welche gerade die Tüchtigsten von der Fortpflanzung ausschliessen. Es genügt nicht, von Geburt an kränkliche, schwächliche Individuen mit der grössten Sorgfalt aufzuziehen, um physisch und geistig vollwertige Menschen zu erzielen. — Ernährung und Milieu spielen wohl eine grosse Rolle, sind aber allein nicht ausschlaggebend. — Hauptfordernis ist, dass der Mensch an Leib und Seele gesund, ohne erbliche Belastung, auf die Welt kommt. Dieser Gedanke ist es, der der Eugenik zugrunde liegt, wie dies auch ihr Name ausdrückt.

Der Gedanke der Veredelung des menschlichen Geschlechts ist alt. Er entstand schon lange, bevor die Zeit gekommen war, welche es möglich machte, ihn vielleicht in die Tat umzusetzen. Schon Plato macht in seinen diesbezüglichen Dialogen Vorschläge, so z. B. den, eine Art Polizei zu schaffen, welche die Eheschliessungen des Staatswohls wegen zu kontrollieren hätte. In den folgenden Jahrhunderten wurde sowohl von den weltlichen wie geistlichen Behörden das Hauptgewicht auf die Anzahl von Seelen gelegt, auf die Menge der Soldaten, oder steuerzahlenden Bürger..... Vererbungsgesetze blieben unbekannt. Die angeborenen Unterschiede in der Veranlagung wurden dabei überhaupt nicht in Betracht gezogen.

Erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts trat ein Ereignis ein, das bahnbrechend wirken sollte für die weitere Ausgestaltung der alten Idee. 1859 erschien Darwins „Origin of Species“ und bewirkte eine gewaltige Umwälzung auf dem Gebiet des naturwissenschaftlichen Denkens. Die Bedeutung, welche Darwin den Vererbungsgesetzen zuschrieb, machte der Gleichmütigkeit ein Ende, mit der man bis dahin dem ungleichen Anwachsen der verschiedenen Gesellschaftsklassen zugeschenen hatte.

1865 veröffentlichte Francis Galton in „Macmillans Magazine“ zwei Artikel, betitelt: „Erbliches Talent und Charakter“. Er sucht hier den Nachweis zu liefern, dass bei gleichen Bedingungen die Geistes-eigenschaften der Menschen die gleichen seien. Die Plastizität der Körperperformen der Tiere bei vorgenommener Auswahl seitens des Züchters war ihm aufgefallen. Er wurde, nach seinen eigenen Aussagen, in seiner Annahme bestärkt durch den Einfluss von Darwins „Ursprung der Arten“; jedoch war ihm schon vorher durch eigene Beobachtungen diese Idee gekommen, durch Beispiele von augenscheinlicher Vererbung unter seinen Zeitgenossen in Cambridge. An der Hand verschiedener Biographien suchte er den Beweis zu liefern, dass Geisteseigenschaften, ebenso wie körperliche Merkmale, natürlichen Vererbungsgesetzen unterworfen seien. Er kam zu dem Resultat, „dass der menschliche Aufwuchs in grandioser Weise verbessert werden könnte, wenn durch Generationen hindurch hervorragend tüchtige Frauen mit nur ebensolchen Männern vermählt werden würden“. Weiter sagt er: „Wenn der 20. Teil der für die Aufzucht von Pferden und Vieh aufgewandten Kosten und Mühe für die Hebung der menschlichen Rasse verwendet werden würde, was für eine Masse von Genie würde da nicht geschaffen werden“. Seine äusserst fesselnd und mit Begeisterung geschriebenen Artikel arbeitete er später aus und 1869 erschienen sie in Buchform unter dem Titel „Erbliches Genie“, ein Werk, von

dem Darwin sagte, „dass er sich nicht erinnern könne, je in seinem Leben etwas Interessanteres und Originelleres gelesen zu haben“.

Inzwischen war ein anderer Pionier der Eugenik aufgetaucht, William Rathbone Grey, seit Jahren bereits bekannt durch seine Arbeiten auf sozialökonomischem und politischem Gebiet. Unbekannt noch mit Galtons Schriften und ganz unabhängig von diesen schrieb er einen vortrefflichen Artikel über „das Fehlen der natürlichen Zuchtwahl beim Menschen“ in Frasers Magazine (1868), der später das Kapitel vom „Nicht-Ueberleben der Tüchtigsten“ wurde in dem von ihm herausgegebenen Buche „Rätsel des Lebens“.

Noch eine andere hervorragende Persönlichkeit gesellte sich jetzt zu den Forschern auf dem Arbeitsfeld der Rassenhygiene: Darwin veröffentlicht 1871 seine „Abstammung des Menschen“. Es sind zwar keine originellen Ideen, die er hier vorbringt und er sagt selbst, dass er das meiste Grey und Galton entnommen habe; aber es ist interessant, zu sehen, wie weit der Urheber des Gesetzes von der natürlichen Zuchtwahl die Ideen aufnimmt, welche sein Gedanke bei anderen auffielen liess.

Da aber, wie Galton später in seinen „Memorien“ schreibt, „das Volksgefühl noch nicht reif war, um auch nur die elementarsten Wahrheiten von erblichem Talent und Charakter anzuerkennen, von denen die Möglichkeit einer Rasseverbesserung abhängt, und man noch nicht vorbereitet wäre, irgendwelche Vorschläge zu praktischem Handeln vorurteilslos zu prüfen“, so gab er vorläufig alle Arbeiten auf diesem Gebiete auf, seine Kräfte für einen geeigneteren Augenblick aufhebend.

Ein Wiederaufleben des Interesses für Eugenik kann man erst wieder im Jahre 1900 wahrnehmen. Prof. Charles Pearson hielt im November desselben Jahres in Newcastle einen kernigen Vortrag über das „Nationale Leben vom Gesichtspunkt der Wissenschaft aus“, der einen grossen Erfolg hatte. Pearson wiederholte hier eine alte Wahrheit: dass die Nation ein um seine Erhaltung kämpfender Organismus ist und der Ausgang, resp. Erfolg dieses Kampfes, von der starken Vermehrung ihrer besten Elemente abhängt. Die Zeit schien ungewöhnlich günstig für die Verbreitung und Aufnahme einer solchen Lehre. Die Ereignisse in Südafrika hatten die Gemüter in ganz England dermassen niedergedrückt, wie nie zuvor. Dies hatte auch Pearson zur Wahl des erwähnten Themas veranlasst. „England“, sagte er, „hat im Handel und Gewerbe, ebenso wie im Kriege, einen Mangel von Verstand am richtigen Platz gezeigt“. Und Mangel an physischer, wie an geistiger Kraft erregte Besorgnis; dies zeigt die baldige Einrichtung eines „Inter-Departmental Committee on Physical Deterioration“, um „Nachforschungen anzustellen über die Behauptung, dass gewisse Bevölkerungsschichten eine Verschlechterung zeigen, was man u. a. an dem hohen Prozentsatz der wegen physischer Gebrechen zurückgestellten Rekruten sehen könne“.

Auch Galton wandte sich 1901 wieder der Eugenik zu. In der Zwischenzeit hatte er bereits noch zwei Arbeiten hierüber veröffentlicht, und zwar „Untersuchungen über die Begabung der Menschen und ihre Entwicklung“ (1883) ferner „Das natürliche Erbe“ (1889). Das erstgenannte Werk gab der Eugenik ihren Namen. Galton sagt dort, dass es an einem kurzen treffenden Ausdruck fehle, um der Wissenschaft,

die sich mit der Rassenverbesserung befasst, den richtigen Namen zu geben; er findet, dass das Wort „Eugenik“ das passendste hierfür ist; es gefällt ihm besser als Virikultur, das er anfänglich dafür setzen wollte.

Im Oktober 1901 hält Galton seine Huseley-Vorlesung, zu deren Thema er „Die mögliche Verbesserung der menschlichen Rasse unter den gegenwärtigen Bedingungen hinsichtlich Gesetz und Gemüt“ wählte. Er spricht hier den Gedanken aus — und legt das Hauptgewicht auf diesen Punkt — dass es weit wichtiger sei, die Fruchtbarkeit, die Leistungsfähigkeit der Tüchtigsten zu erhöhen, als die Schlechteren, die Untauglichen zu unterdrücken. Seit dieser Huseley-Vorlesung hat die Eugenik grosse Fortschritte gemacht. Galtons Prophezeihungen, dass ihr eine grosse Zukunft bevorstände, werden sich wohl erfüllen. Er selbst arbeitete bis zu seinem Tode (17. Januar 1911) mit dem lebhaftesten Interesse an der grossen Sache, die ihn sein ganzes Leben hindurch beschäftigt, und an seinem Lebensabend — er starb im 90. Lebensjahr — hatte er die Freude, zu sehen, dass die Saat, die er gestreut, auf fruchtbaren Boden gefallen war und die eugenische Bewegung immer weiter um sich griff.

Von den letzten Arbeiten, die sich ganz besonders Galtons Untersuchungen und seinen Ansichten anschliessen, ist das Werk Charles Pearsons zu nennen „Ueber die Gesetze der Vererbung beim Menschen“, worin er zu dem Schluss kommt, dass die Erblichkeit nicht nur der Körperlichen, sondern auch der geistigen Eigenschaften viel markanter sei, als man dies annahm.

Dank Francis Galton, welcher der Universität eine Stiftung überwiesen hatte, zwecks Einrichtung einer Kollegiatur für die Förderung des Studiums der „national eugenics“, konnten diese Studien nun in grossem Umfange betrieben werden. Die Londoner Universität stellte für diese neuen Untersuchungen gut ausgestattete Räume zur Verfügung; auf Galtons Antrag wurde Pearson die Leitung des Ganzen übertragen. Auch sehen wir hier zum ersten Male eine Frau auf dem Gebiet der Eugenik sich betätigen: Miss Elderton wurde zur „eugenics scholar“ bestimmt. Das Laboratorium führte den Namen: The Francis Galton Laboratory for National Eugenics. In seinem Testament vermachte Galton der Universität 900 000 Mk. mit der Bestimmung, eine Professur zu errichten unter dem Titel: The Galton Professorship of Eugenics, nebst einem damit zusammenhängenden Laboratorium und einer Bibliothek. Der hierfür in Betracht kommende Professor hatte folgende Aufgabe: 1. Alles auf Eugenik bezügliche Material zu sammeln, zu ordnen und zu prüfen; 2. eine Zentralstelle einzurichten, um Privatpersonen und öffentlichen Behörden Informationen über die Vererbungsgesetze beim Menschen zu geben; 3. für die Verbreitung der Wissenschaft der Eugenik in umfassendster Weise Sorge zu tragen, und zwar durch Unterricht-, durch gelegentliche Veröffentlichungen von Schriften belehrenden Inhalts-, durch Experimente und Beobachtungen. Pearson wurde auf Wunsch Galtons zum ersten Galton-Professor ernannt.

In Amerika ist die eugenische Bewegung noch jung, hat aber rasch um sich gegriffen. Eine Menge Schriften über Rassenhygiene sind hier in kurzer Zeit erschienen; zu den besten gehört unstreitig „The Jukes“ von Robert Angdale (1874/75). Der Verfasser zeigt uns

hier, wie eine von einer Prostituierten abstammende, im „Hinterwalde“ lebende Familie, also den Versuchungen und Gefahren der Grossstadt nicht ausgesetzt, nur minderwertige Nachkommen hervorbringt. Auch David Starr Jordan, Prof. Ward, Robert Odin u. a. haben wertvolle Beiträge zum Studium der Rassenhygiene geliefert.

Durch die Einrichtung des Committee on Eugenics of the American Breeder's Association trat die eugenische Bewegung in Amerika in ein neues Stadium. Diese Gesellschaft war 1903 von wissenschaftlich gebildeten Tier- und Pflanzenzüchtern gegründet worden zur Beförderung des Studiums der Vererbungsgesetze bei Tieren. Man kam bald zu der Erkenntnis, dass es wohl nicht minder wichtig wäre, diese Gesetze auch hinsichtlich des Menschen zu prüfen, und so entstand das Committee on Eugenics. 1910 wurde das Committee zu einer Eugenic Section erhoben und zu deren Präsident David Starr Jordan ernannt. Dieses Eugenics Record Office wurde im Oktober 1910 in einem eigenen Gebäude in Cold Spring Harbor eröffnet. Die Hauptarbeit dieses Office besteht darin, Familienstammbäume zu sammeln, welche besonders charakteristische Züge oder Fehler aufweisen und zu untersuchen, was für eine Rolle die Vererbung hierbei spielt. Das hierzu erforderliche Material wird erhalten teils durch Korrespondenz und teils durch die field workers des Record Office oder der mitwirkenden Spitäler, Asyle u. a. Institutionen. Die field workers sind Rassenhygiene-Studierende, welche während der Sommerferien studienhalber nach Gegenden verschickt werden, wo es besonders viel Geisteskranke gibt und auch in Anstalten für Geistesesschwäche und Irrsinnige praktische Studien machen müssen. Das gesammelte Material wird auf genealogischen Karten verzeichnet und diese in einem feuerfesten Raum in Cold Spring Harbor aufbewahrt. Die Ergebnisse werden in den Eugenic Record Office Bulletins veröffentlicht.

Ein Punkt darf hier nicht übersehen werden: die Unterscheidung zwischen negativer und positiver oder nach Mr. Crackenthorpe zwischen konstruktiver und restriktiver Eugenik. Ist die Förderung des Wachstums der besseren Rasse zweckdienlicher oder das Nicht-aufkommenlassen der Minderwertigen? Galton entschied sich für positive Eugenik: „Die Möglichkeit der Rassenverbesserung hängt von der Macht ab, die Produktivität der besten Art zu erhöhen; das ist weit wichtiger, als die Produktivität der minderwertigen zu unterdrücken.“

Jedoch die Mehrzahl der Eugeniker neigt zu der Ansicht, dass durch restriktive Eugenik bessere Resultate erzielt würden. Man hatte in der Tat, noch ehe die eugenische Bewegung eingesetzt hatte, den unheilvollen Einfluss einer krankhaften Veranlagung auf die Nachkommen gesehen und griff zu Gegenmassregeln. Das erste positive Ergebnis dieser Erkenntnis war das Gesetz des Heiratverbots, das in einer Anzahl amerikanischer Staaten rechtsgültig wurde und die Eheschliessung zwischen geistig oder physisch ganz Minderwertigen verhindern sollte.

Von dem allseitig wachsenden Interesse für das Problem der Eugenik zeugt auch eine bunte Literatur, die eine Menge, nicht immer wertvoller Erzeugnisse aufweist, von denen einige höchstens noch bemerkenswert sind durch die Verteidigung radikaler Mittel, die sie anzuwenden empfehlen, um für die Eugenik günstige Erfolge zu er-

zielen. Ein charakteristisches Beispiel ist der Vorschlag von Mr. Kirn in „Vererbung und menschlicher Fortschritt“ Kohlengasvergiftung anzuwenden, „jedoch soll dieses Verfahren sich nur auf die ganz Schwachen und ganz Lasterhaften beschränken“ — die Idioten, Irrsinnigen, Epileptiker, unverbesserliche Verbrecher und alle, welche aus dieser oder jener Ursache dem Staate zur Last fallen.

Ein praktisch durchführbarer Vorschlag ist die „operation of vasectomy“, auch Rentouls Operation genannt, nach dem Vater dieses Gedankens, Dr. Rentoul, der jene Anregung in seinem Buch „Rassenkultur oder Rassenselbstmord“ bringt. Sterilisierung nach dieser oder jener Methode ist als Präventivmittel bereits in verschiedenen Staaten Amerikas legalisiert worden. Die erzielten Resultate sind, soweit sich dies bis jetzt beurteilen lässt, sehr günstig zu nennen. Es sind Aussagen vorhanden von Sittlichkeitsverbrechern, welche bekunden, dass gerade diese Individuen oft um Sterilisation gebeten haben und nach erfolgter Operation sich glücklich schätzen, dass sie, von ihren ungesunden Geschlechtstrieben erlöst, nun nicht mehr ihr Leben zwischen Gefängnismauern zu verbringen brauchen, für Vergehen, für welche sie oft nicht voll verantwortlich waren.

Von England aus hat sich die eugenische Bewegung immer weiter verbreitet über die meisten europäischen und aussereuropäischen Länder. In Deutschland, Schweden und der Schweiz haben sich verschiedene Gesellschaften gebildet, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, das Interesse für Eugenik in den weitesten Kreisen wachzurufen. In Dresden ist auf der internationalen Hygieneausstellung eine Sektion für Rassenhygiene gegründet worden. Die „Rassenbiologie“ ist überhaupt jetzt ein wichtiger Zweig der deutschen Wissenschaft geworden. Zu den extremsten Vertretern dieser Richtung gehört Prof. v. Gruber, der im Verein mit R. Eucken die Zeitschrift „Ethische und hygienische Aufgaben der Gegenwart“ herausgibt.

Georg Hansen brachte in seinem Buch „die drei Bevölkerungsstufen“ (1889) neue Gesichtspunkte vor. Er sah die Ursache des Niedergangs der Nationen in dem ständig wachsenden Wegzug der Landbevölkerung in die Städte, wo die kräftige Gesundheit der frisch vom Lande Kommenden die Stadtbevölkerung zwar zunächst in die Höhe brachte; aber nach zwei oder drei Generationen sanken sie, durch die ungünstigen städtischen Verhältnisse erschöpft, in die tiefsten Tiefen des Proletariats hinab.

Fast gleichzeitig mit dem Erscheinen von Hansens Werk fällt die Veröffentlichung der Ergebnisse der anthropologischen Untersuchungen von Otto Ammon in Karlsruhe. Er war zu dem Schlusse gekommen, dass die langköpfige teutonische Rasse ganz besonders der Anziehungskraft der Grosstadt unterliege. Seine Ausführungen hat Ammon in dem 1895 erschienenen Buche „Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen“ niedergelegt.

Um das auf Eugenik sich beziehende wertvolle Material von den minderwertigen Erzeugnissen auf diesem Gebiet auszuscheiden und alles zu sammeln, was von Biologen, Antropologen, Soziologen, Juristen, National-Oekonomen über die Entwicklung der Rassen geschrieben worden ist, wurde das ausgezeichnete „Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie“ (1904) gegründet. Herausgeber desselben

ist Dr. Alfred Ploetz, Präsident der deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene.

Ein Rückblick auf alles, was im letzten Jahrzehnt auf dem Gebiete der Eugenik geleistet worden ist, zeigt uns, dass hier der Hauptanteil an fruchtbringender Arbeit von Biologen herrührt. Der kompetente Volkswirtschaftler hat erst in letzter Zeit angefangen, dieses Gebiet zu bearbeiten. Vielleicht war seine bisherige Zurückhaltung klug von seinem Standpunkt aus. Es bedurfte keiner Sachverständigen zur Wiederholung der Tatsache, dass eine Zivilisation, welche die Gewalt über die Qualitätsbestimmung der menschlichen Rasse zu erlangen vermöchte, auch dabei des Menschen Wohl kontrollieren könnte. Die Biologen sind immer mehr zu der Ueberzeugung gelangt, dass, wer auf die Eheschliessungen Einfluss erhält, damit auf das Physische und Intellektuelle der Zukunft bestimmend wirkt und so im modernen Sinne der Schöpfer der Geschichte wird. Aufgabe der Eugenik ist es, an der Entfaltung und Entwicklung aller wertvollen geistigen und körperlichen Anlagen zu arbeiten, alle minderwertigen zu unterdrücken, auszumerzen.

Biologen und Soziologen müssen sich zu dieser Arbeit vereinen. Eugenik ist nicht nur reine Biologie, sondern eine die menschliche Gesamtheit interessierende Frage.



CHRONIK

Kriegswochenhilfe. Kriegswochenhilfe wird jetzt nach einer Verfügung vom 1. März 1917 auch den unehelichen Kindern der Kapitulanten, d. h. aktiven Unteroffizieren, Feldwebeln und Sergeanten gewährt. Die betreffende Bundesratsverordnung lautet: „Die Kriegswochenhilfe ist auch für das uneheliche Kind eines Kapitulanten zu gewähren, wenn seine Verpflichtung zur Gewährung des Unterhalts an das Kind festgestellt und die Mutter minderbemittelt ist.“

Aus Gerechtigkeitsgründen ist diese Massnahme, die auch von bevölkerungspolitischem Interesse ist, gewiss mit Freuden zu begrüßen.

M. K.

Frauen als Gärtnerinnen sind zwar keine Neuerscheinung mehr, bis jetzt haben sich jedoch verhältnismässig wenig Frauen diesem Beruf zugewandt. Der Krieg scheint auch auf diesem Gebiete Veränderungen hervorzurufen, wie eine Eingabe des Lüneburger Hausfrauen-Vereins an die Landwirtschaftskammer beweist. Genannter Verein hatte in Anbetracht des Notstandes, dass infolge des Mangels an ausgebildeten Gärtnerinnen die Obstbaumzucht leiden könnte, um die Einrichtung von kleinen Lehrgängen in Beschneiden und Pflege der Obstbäume für Hausfrauen und Haustöchter gebeten. Diesem Verlangen wurde nachgegeben, sodass Frauen, besonders

vom Lande, Gelegenheit geboten wird, die notwendigsten pomologischen Kenntnisse zu erwerben, so weit sich solche in dreitägigen Kursen erwerben lassen. Es sollen vor allem auch Anleitungen gegeben werden, damit Frauen, welche nicht alle einschlägigen Arbeiten selbst verrichten können, befähigt werden, die nötigen Anweisungen den Hilfskräften zu geben und die Arbeit zu überwachen und zu leiten.

Um recht vielen Gelegenheit zu geben, an dem Kursus teilzunehmen, ist dieser kostenlos; auch werden in der Stadt Gratislogis zur Verfügung gestellt. Der heutigen Zeit entsprechend wird aber verlangt, dass die Teilnehmerinnen sich das nötige Quantum an Kartoffeln und Brot selbst mitbringen. M. K.



Wanderausstellung für Kleinkinderfürsorge des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in Berlin. Wohl noch zu keiner Zeit ist bevölkerungspolitischen Fragen so viel Interesse entgegengebracht worden wie heute. Die ungeheuren Menschenverluste zwingen zu Gegenmassnahmen. Was auf der einen Seite verloren geht, sucht man auf der andern Seite zu ersetzen durch Erhaltung und Pflege des Nachwuchses im jüngsten Alter. Mutterschutz, Säuglingsschutz lautet heute die Parole. Auch vom Staat sind in dieser Hinsicht während des Krieges weitgehende Massnahmen getroffen worden, wie sie u. a. z. B. in der Reichswochenhilfe zum Ausdruck kommen. Von privater Seite werden Kurse für Säuglingspflege usw. mit Unterstützung der Behörden veranstaltet. So hat auch das Diakonissenmutterhaus Bethesda in Grüneberg einen Kursus für Kinderfürsorge veranstaltet, der vor allem den Zweck verfolgte, „Anregung

zur Einrichtung der Kinderfürsorge unter den verschiedensten Verhältnissen in Stadt und Land zu geben, bzw. die verhandene Arbeit auszubauen.“

Die Stadt Breslau veranstaltet in der Zeit vom 10. April bis 10. Mai eine Wanderausstellung für Kleinkinderfürsorge, verbunden mit Ferien- und Sonderkursen und fünf grossen öffentlichen Vortragsabenden. Der Ferienkursus umfasst die hygienischen, pädagogischen und sozialen Seiten der Kleinkindererziehung, welche Punkte noch eingehender in den Sonderkursen behandelt werden. Der soziale Kursus dürfte sich eines ganz besonderen Interesses erfreuen. Es werden dort die Probleme der Adoption, der Kriegspatenschaft, Vormundschaft und der Fürsorge für Kleinkinder, deren Mütter ausserhäuslich erwerbstätig sind, erörtert. Im psychologischen Kursus wird die Psychologie der Kinderseele den Gegenstand der Besprechung bilden.

Durch die Ausstellung selbst werden Führungen unter fachwissenschaftlicher Leitung veranstaltet. Eine rege Beteiligung ist mit Rücksicht auf das Gebotene zu erwarten.

M. K.



Köchin und Bazillenträgerin. Vor dem Oberversicherungssamt in Breslau kam kürzlich ein eigenartiger Rechtsfall zur Verhandlung. Folgender Sachverhalt lag zugrunde: Eine 42 Jahre alte Köchin hatte Zahlung der Invalidenrente beantragt, da sie, obwohl körperlich gesund und kräftig, keine Arbeit finden könne, weil sie in dem Verdacht stehe, Bazillenträgerin zu sein. Sie war mehrere Jahre hindurch als Köchin in einem Haushalt in einer kleinen Stadt Schlesiens tätig. Alljährlich kam in dem betreffenden Hause ein Typhusfall vor,

ohne dass die Ursache der Krankheit hätte festgestellt werden können. Es wurde nun eine Untersuchung des Blutes sämtlicher Hausbewohner vorgenommen, und bei der Köchin fand man Typhusbazillen. Sie verlor nun ihre Stellung, und niemand will sie wieder beschäftigen. Es wurde ihr empfohlen, die Stadt zu verlassen und an einem andern Ort, wo ihr Zustand unbekannt sei, Beschäftigung zu suchen. Demgegenüber entgegnet sie, dass dies aus folgenden Gründen unmöglich wäre. Wenn sie aus T. fortzieht, so wird die dortige Polizeibehörde sofort die Behörde ihres neuen Aufenthaltsortes davon in Kenntnis setzen, dass sie Bazillenträgerin sei. Sie selbst würde sich strafbar machen, wenn sie ihren Zustand verheimlichte, ev. schadenersatzpflichtig sein. Ein Justizrat hat die Vertretung ihrer Angelegenheit übernommen. Diese wird als rein juristische Frage angesehen, deren Entscheidung eigentlich nicht den Aerzten zustehe. Die Mindestverdienstgrenze wird von der Köchin als ziemlich hoch veranschlagt; sie bringt einen Monatslohn von 27 M. und freie Station in Höhe von mindestens 50 M. in Anrechnung. Das Urteil des Oberversicherungsamtes lautete auf Abweisung des Antrags, da die Antragstellerin nicht invalide im Sinne des Gesetzes sei.

Die Angelegenheit wird wohl noch das Reichsversicherungsamt in Berlin beschäftigen. M. K.



Industrielle Wohlfahrtspflege. Die Berner Chokoladenfabrik Tobler hat unter dem Einfluss ihres Leiters, eines warmherzigen Freunden sozialer Reform, eine Reihe von charitativen Einrichtungen ausgebildet: so billige Speise- und Getränkabgabe an die Arbeiter, ver-

bunden mit Lesegelegenheit, die Einrichtung von hygienisch einwandfreien Schlafstellen für die Arbeiterinnen, Betrieb und Subventionierung von Kranken- und Wöchnerinnenkassen. Den niederkommenden Frauen wird ohne Rücksicht auf die eheliche oder uneheliche Geburt des Kindes ein fester Beitrag von 40 Fr. bezahlt. Die Arbeiter erhalten alljährlich eine Anzahl bezahlter Feiertage.

In einer von der Fabrik veröffentlichten Broschüre wird dargelegt, dass diese Wohlfahrtseinrichtungen nicht einen philanthropischen Charakter tragen sollen, „denn für Philanthropie ist innerhalb der heutigen Geschäftsströmung wenig Raum. Sie sollen vielmehr der wissenschaftlichen Einsicht entspringen, dass die Industrie nicht nur für den Erfolg von heute und morgen arbeitet, sondern vor allem auch für ihre spätere Zukunft und dass es sich deshalb lohnt und höchste Unternehmerpflicht ist, eine wohlverstandene Menschenökonomie zu treiben.“

Die Gesellschaft hat sich auch die Verwirklichung eines Gewinn-Beteiligungssystems für die Arbeiterschaft zum Ziele gesetzt. Sie gewährt zunächst Prämien für alle Arbeiter und Beamten, die brauchbare Vorschläge für Zeit-, Arbeit- oder Material sparende Einrichtungen erstatte, sowie freiwillige Gratifikationen an alle Arbeiter, je nach dem Ausmass des Jahresgewinns. Für die Zukunft soll an Stelle der Freiwilligkeit dieser Zuwendungen ein Rechtssystem gesetzt werden, um die Arbeiter in gewissem Sinne zu Teilhabern des Geschäftes zu machen.

B.



Arbeitslosen - Fürsorge. Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement ist derzeit mit der Ausarbeitung eines Planes für Arbeitslo-

senfürsorge beschäftigt. Zur Kriegsgewinnsteuer soll ein Zuschlag von 25 % erhoben und aus dessen Ertrag ein eidgenössischer Hilfsfonds für Arbeitslose gebildet werden. Aus diesem Fonds, der nach den bisherigen Ergebnissen der Kriegsgewinnsteuer mehrere Millionen betragen dürfte, würde der Bund während der Dauer des Krieges und der durch den Krieg verursachten ausserordentlichen wirtschaftlichen Verhältnisse Beiträge gewähren an die Leistungen, die von den Kantonen, Gemeinden oder öffentlichen Anstalten gemacht werden, um für die Arbeiter der Industrie und der Gewerbe die Folgen unverschuldeten Arbeitslosigkeit zu mildern. Sollte der Fonds durch die auszurichtenden Beiträge nicht in Anspruch genommen werden, so würde er zur Förderung der Arbeitslosenversicherung oder eventuell zum Teil zu andern Zwecken der Sozialversicherung verwendet.

B.



Das Gemeinnützige Volksbureau zu Breslau hat während des Krieges eine ganz besonders segensreiche Tätigkeit entwickelt. Gegründet wurde das Bureau vor nunmehr 13 Jahren in der Absicht, Unbemittelten, ohne Rücksicht auf Konfession und politische Stellung, Auskunft in allen Rechtsangelegenheiten zu geben, tatkräftig einzutreten, um den Ratsuchenden zu ihrem Rechte zu verhelfen. Staat und Magistrat haben die Wichtigkeit und Nützlichkeit einer solchen Einrichtung anerkannt und unterstützen ihre Bestrebungen in weitgehendem Masse. Auch Firmen und Vereine haben sich angeschlossen. Die letzteren zahlen einen Jahresbeitrag von 10 Pf. pro Mitglied, ev. auch weniger, und erhalten dafür kostenlos Rechtsauskunft. Ebenso steht

die Rechtsauskunftstelle nachweisbar gänzlich unbemittelten Personen unentgeltlich zur Verfügung, und die sonst übliche Einschreibgebühr von 50 Pf. wird ihnen erlassen. Einzelpersonen können Mitglieder des Vereins durch Zahlung eines Jahresmindestbeitrags von 2 M. werden, wofür sie ein Anrecht auf kostenlose Rechtsberatung erwerben.

Die Rechtsauskunftstelle des Vereins wird jährlich von Tausenden von Hilfesuchenden in Anspruch genommen. Meist geschieht dies in Angelegenheiten der Unfall-Invaliditäts-Alters- und Krankenversicherung, des Miets-Armen-Gesinderechts, des Arbeiterschutzes. Auch in Militär- und Steuer-, wie in persönlichen Angelegenheiten, ist die Hilfe des Volksbureaus angerufen worden. Fragen, die Unfall-Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung betreffend, bilden ein starkes Kontingent der Fälle, in welchen das Volksbureau helfend eingreifen musste. In den Verhandlungen vor dem Obersicherungsamt haben die Antragsteller in der Person des Sekretärs des Bureaus, Herrn Gebhardt, einen umsichtigen Vertreter.

In Hunderten von Fällen wurde das Volksbureau um Rat und Hilfe in, das Recht des ausserehelichen Kindes betreffenden Fragen angegangen. Mit Kriegsausbruch wurde die Tätigkeit des Bureaus naturgemäß auch auf den Krieg eingestellt, und hier hat es sich als soziale Einrichtung von der allergrößten Bedeutung gezeigt. Seine Wirksamkeit erstreckte sich auf die Bearbeitung der verschiedenartigsten Fälle. Kriegsteilnehmern, die sich in Zahlungsschwierigkeiten befanden, wurde vielfach Hilfe geleistet, ebenso bei Geschäftsauflösung und Besitzsicherstellung. Versetzungsanträge, Urlaubsbegrün-

dungen wurden erledigt, Nachforschungen nach Vermissten angestellt, Kriegsheiraten ermöglicht, Unterstützungen für aussereheliche Kinder beantragt, Rentenanträge für die Hinterbliebenen der Gefallenen gestellt u. s. w. In zahlreichen, das Gebiet der Gewerbeordnung streifenden Fällen wurde besonders bei Beginn des Krieges das G. V. B. um seine Vermittlung ersucht. Viele Dienstherrschaften glaubten, dass der Kriegsausbruch zu sofortiger Lösung des Dienstverhältnisses berechtige. Da griff das V. B. erfolgreich mit seiner vermittelnden Tätigkeit ein.

Es hat auch den Kampf gegen die Schwindelfirmen aufgenommen und hier Hand in Hand mit der Zentralstelle des Bundes zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck gearbeitet.

So hat sich das G. V. B. als eine Einrichtung von grossem sozialem Wert erwiesen, die besonders im Interesse der minder bemittelten Klassen der Bevölkerung allseitige Unterstützung verdient. M. K.

◆

Minimallöhne aus dem Jahre 1753. Dass die Versuche für eine gesetzliche Regelung der Löhne auch ihre Vorbilder in der Vergangenheit haben, geht unter anderm aus einem eigentümlichen Schriftstück hervor, das im Historischen Museum von Basel zu sehen ist. Es ist eine Taxenordnung der Arbeitslöhne aus dem Jahre 1753. In der eigenartigen Rechtssprache der Zeit gibt darin der „wohl weise Raht“ der Stadt Basel „den dasigen Bandfabrikanten, sowohl als dero Arbeitern bekannt“, welche Mindestlöhne künftig für die Herstellung der verschiedenen Bänder je nach Art und Qualität bezahlt werden sollen. In einer eingehenden Liste werden

über 100 verschiedene Positionen aufgeführt. Jeder Arbeitgeber, der einen geringern Lohn bezahlen werde, wird mit 100 Spezialtaler Strafe bedroht, wovon die Hälfte dem Armenhaus und die andere Hälfte dem Angeber, ev. dem Arbeiter selbst, der zu wenig Lohn empfangen, zufallen soll.

Die Minimallöhne sollen jedoch nicht Maximallöhne sein, und es soll den Fabrikanten frei stehen, eventuell höhere Löhne zu bezahlen um sich dadurch geschickte Arbeiter dauernd zu erhalten. Verboten ist ihnen jedoch, durch das Versprechen höherer Löhne die Arbeiter andern Fabrikanten abspenstig zu machen. R. Br.



Gewerbliche Schiedsgerichte.

In den einzelnen Schweizerkantonen wird andauernd an der Ausgestaltung des gewerblichen Schiedsgerichtswesens gearbeitet. So hat sich in Basel eine Grossratskommission, die über diese Materie beriet, für Beibehaltung des staatlichen Einflusses auf die Gewerbe gerichte geäusserzt. Eine Minderheit wollte den Frauen das Wahlrecht für Gewerbe gerichte verleihen, die Mehrheit jedoch war dagegen. Ebenso gegen den Vorschlag des Arbeiterbundes, die Zuständigkeit der Gewerbe gerichte auch auf Streitigkeiten zwischen Dienstboten und ihren Herrschaften auszudehnen. Im Kanton Genf dagegen sind die Gewerbe gerichte auch hierfür kompetent. Die Basler Kommission hat die Kostenlosigkeit des Verfahrens als Regel aufgestellt, und nur für Fälle mit williger Prozessführung die Auferlegung der Prozesskosten vorbehalten. B.



Das obligatorische Gewerbeschiedsgericht in Frankreich. Eine Regierungsverordnung vom 18. Jan. 1917 bestimmte, dass alle Arbeitskonflikte in den für Bedürfnisse der Armee beschäftigten Fabriken durch ein obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren zu schlichten sind. Im Falle von Streitigkeiten treten je zwei Delegierte der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit einem Vertreter des Munitionsministeriums zusammen. Kommt diese Kommission zu keinem Einvernehmen, so ist der Minister zur Ernennung entscheidender Schiedsrichter berechtigt. In jedem Falle bleibt ihm die Bestätigung aller Entscheide vorbehalten. Weigern sich die Fabrikhaber, demselben zu gehorchen, so können ihre Werkstätten durch die Heeresverwaltung requirierte werden.

Ist ein Entscheid in einem Einzelfalle erflossen, so kann der Minister seine Gültigkeit auch für die Regierung der Arbeitsverhältnisse in andern Fabriken, in denen unter ähnlichen Verhältnissen gearbeitet wird, anordnen.

Eine Gruppe der Deputiertenkammer hat seither in der Kammer den Antrag gestellt, diese Vorkehrung in Anlehnung an den Antrag Millerands vom Jahr 1907 auszustalten und auf die gesamte Industrie auszudehnen. Die Arbeitnehmerschaft soll mit Kollektivbefugnissen ausgestattet werden, die — bei Weigerung des Fabrikhabers, ein schiedsgerichtliches Verfahren anzunehmen — ausnahmsweise auch bis zum Streik, an dem dann alle Arbeiter teilzunehmen haben, gehen können. Also ein Gedanke, der von der bedingungslosen Geltung der Schiedsgerichte wieder etwas abseits führt. Ob die eine oder die andere Methode sich in der französischen Industriegesetzgebung nach dem Kriege behaupten

wird, dies wird jedenfalls den Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen bilden.

R. Br.



Hilfsdienst und Reichswochenhilfe. Eine Petition des Deutschen Bundes für Mutterschutz an den Bundesrat beantragte eine Ausdehnung der Reichswochenhilfe auf die minderbemittelten Wöchnerinnen der auf Grund des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst zum Hilfsdienst herangezogenen Männer, desgleichen auf die unehelichen Kinder solcher Hilfsdiensttätiger. Heute können wir erfreulicherweise schon berichten, dass der Hauptausschuss des Reichstags diese Forderung hinsichtlich der Ehefrauen der Hilfsdiensttätigen zu der seinigen gemacht, im übrigen auch eine Erhöhung der Wöchnerinnenunterstützung von täglich 1.— Mk. auf 1.50 Mk. gefordert hat. Staatsekretär Dr. Helfferich sagte sorgfältige, wohlwollende Prüfung dieser Fragen zu, sodass auf eine baldige Einführung dieser dringend notwendigen Erweiterung der Reichswochenhilfe zu hoffen ist.

In der Begründung der Petition wird die gute Wirkung der Reichswochenhilfe hervorgehoben, welche dazu beigetragen hat, dass die Säuglingssterblichkeit in Deutschland trotz der schweren Kriegszeit abgenommen hat. Die jetzt doppelt notwendige Erhaltung und Kräftigung der kommenden Generation erheischt daher die Einbeziehung der minderbemittelten Hilfsdienstpflichtigen in die Wochenhilfe. Der Arbeitsdienst für das Vaterland ist eine Bürgerpflicht im Interesse der Verteidigung desselben, ist als solche dem Heeresdienst grundsätzlich gleichwertig, daher auch hinsichtlich der Für-

sorge für die Angehörigen ihm gleichzustellen. Auch handelt es sich hier darum, eine durch den Krieg selbst herbeigeführte Schädigung zahlreicher Wöchnerinnen wieder gutzumachen: Die Gewährung von Wochenhilfe an die nicht versicherten Ehefrauen der Kassenmitglieder gehörte zu den „Mehrleistungen“ der Krankenkassen, die aber durch das Gesetz vom 4. August 1914 betreffs Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen für die Dauer des Krieges aufgehoben wurde. Diese bisher nicht beseitigte Benachteiligung würde fortfallen, wenn die verlangte Ausdehnung der Reichswochenhilfe auf die Familien der Hilfsdienstpflichtigen erfolgen würde. M. K.

Das Problem der Arbeitslosenunterstützung ist durch die Krisenmomente der Kriegszeit besonders dringend geworden, und an vielen Orten ist man zur Einrichtung von Hilfsstellen geschritten. So ist im Berliner Bekleidungsgewerbe, wie die „Soziale Praxis“ meldet, eine Institution ins Leben getreten, die auch Kleingewerbetreibende, Zwischenmeister und alle Kreise umfassen

soll, die infolge der Rohstoff-Einschränkungen, die dem Gewerbe auferlegt worden sind, unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Erfreulicherweise erfolgt die Unterstützung, soweit möglich, unter Mitwirkung der Gewerkschaften. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die vor dem 1. Oktober einer Gewerkschaft angehörten, haben Unterstützungsanträge bei den Gewerkschaften zu stellen. Alle übrigen Personen müssen sich an den städtischen Unterstützungsaußschuss wenden. Als Höchstunterstützung für eine Person, gleichviel ob männlich oder weiblich, ledig oder verheiratet, ist der Betrag von 18 M. festgestellt worden. Er kann bei vollständiger Arbeitslosigkeit und besonders ungünstigen Verhältnissen bis auf 27 M. in der Woche erhöht werden. Im allgemeinen sollen bei gänzlicher Arbeitslosigkeit drei Viertel des Arbeitsverdienstes gezahlt werden, den der Betreffende in der Zeit vom 1. Juli 1913 bis zum gleichen Tage im Jahre 1914 gehabt hat. Bei teilweiser Arbeitslosigkeit sollen drei Viertel des Unterschieds zwischen dem gegenwärtigen und dem früheren Wochenverdienst gezahlt werden.

EDUARD BERNSTEIN, MITGLIED DES DEUTSCHEN REICHSTAGS: DIE ARBEITERBEWEGUNG NACH DEM KRIEGE.



IE Wirkungen des furchtbaren Krieges, den wir augenblicklich durchleben, auf das soziale Leben der Völker sind zwiespältig. Der Krieg zerstört und der Krieg nötigt zum Aufbau. Letzteres in doppelter Hinsicht. Vieles von dem Zerstörten muss wiederhergestellt werden, gar manches aber, was überhaupt noch nicht vor-

handen war, musste und muss für Zwecke des Krieges in Angriff genommen werden, und nicht alles davon wird nach ihm verschwinden. Mit anderen Worten, nicht bloss um Wiederaufbau, sondern auch um neuen Bau handelt es sich. Destruam et aedificabo, dies Wort, das Proudhon zum Motto seines Werkes über die Widersprüche in der Oekonomie wählte, hätte insofern auch dieser Krieg auf sein Programm schreiben können. Denn enger als alle seine Vorgänger ist er mit der Oekonomie verbunden. Gleichzeitig mit einer ungeheuren Zerstörung von menschlichen und dinglichen Werten läuft eine bedeutende, zum Teil fieberhaft betriebene Produktion neuer dinglicher Werte.

Wie sich dies in der Heranziehung neuer menschlicher Arbeitskräfte zur Produktion geltend macht, ist allgemein bekannt. In fast allen Ländern, die vom Krieg betroffen worden sind, sind Elemente der Bevölkerung, die vordem für die Produktion, den Warenverkehr und den öffentlichen Dienst brach lagen, in grossem Umfange für sie mobil gemacht worden. Insbesondere hat die Beschäftigung von Frauen in der Volkswirtschaft eine bedeutende Steigerung erfahren. Die deutschen Krankenversicherungsanstalten verzeichneten laut den Berichten des Reichsarbeitsblattes Mitglieder am:

	männlich	weiblich
1. Juli 1914	7,536,761	4,237,328
1. Juli 1915	5,357,133	4,223,555
1. Juli 1916	5,348,001	4,836,795
1. Jan. 1917	5,040,983	4,957,544

Nach zweieinhalb Kriegsjahren ist die Zahl der männlichen Mitglieder um $2\frac{1}{2}$ Millionen gefallen, die der weiblichen Mitglieder um über 700,000 gestiegen. Nur wenig fehlt, und die Zahl der weiblichen Mitglieder, die am Vorabend des Krieges sich auf $\frac{9}{16}$ der männlichen Mitglieder belief, steht auf der Höhe, zu der diese inzwischen herabgesunken ist. Sie würde sie überwiegen, wenn nicht die männlichen Mitglieder aus Bevölkerungsschichten Zuwachs erhalten hätten, die vor dem Kriege für die Produktion und den Warenverkehr nicht in Betracht kamen. Die Stärke dieses Zuwachses lässt sich ohne Zuhilfenahme einer Statistik, für die erst Ansätze verhanden sind, zahlenmäßig nicht feststellen, er kann aber nicht ganz unbeträchtlich gewesen sein. Er wird noch gesteigert durch das am 2. Dezember vom deutschen Reichstag beschlossene und alsbald in Kraft getretene Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst, dessen erster Paragraph lautet:

„Jeder männliche Deutsche vom vollendeten siebzehnten bis zum vollendeten sechzigsten Lebensjahr ist, soweit er nicht zum Dienste in der bewaffneten Macht einberufen ist, zum vaterländischen Hilfsdienst während des Krieges verpflichtet.“

Als solchen Hilfsdienst bezeichnet der § 2 des Gesetzes die Tätigkeit nicht nur bei Behörden, behördlichen Einrichtungen, in der Kriegsindustrie, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Krankenpflege und in kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art, sondern auch, heisst es dort weiter, „in sonstigen Berufen oder Betrieben, die für Zwecke der Kriegsführung oder der Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben“, womit natürlich Produktionsunternehmungen aller möglichen Art in den Geltungsbereich des Gesetzes gezogen werden können. Allerdings wird dem auf Grund dieses Gesetzes erfolgenden Zuwachs ein Abzug von Personen aus den in Frage stehenden Be-

beschäftigung zum Heeresdienst zur Seite gehen, so dass die Endsummen der Statistik ihn, wenn überhaupt, nur unvollkommen in die Erscheinung treten lassen. Aber hier zeugt die Tatsache des Gesetzes selbst für seine Existenz. Auf jede mögliche Weise wird dafür gewirkt, die Ziffer der in der Volkswirtschaft tätigen Personen in tunlichster Höhe zu halten.

Die Zahlen der in der Krankenversicherung angemeldeten Personen geben nur ein unvollkommenes Bild der Zahl der als Arbeiter gewerblich tätigen Bevölkerung. Es fehlen darin die Zahlen der Bergarbeiter und der allmählich zu einer ansehnlichen Zahl angewachsenen gewerblich beschäftigten Kriegsgefangenen. Aber ihre Bewegung zeigt mit ziemlicher Treue die Bewegung der Beschäftigten an. Männer und Frauen zusammengerechnet gab es nach obiger Tabelle Mitglieder der Versicherung:

am 1. Juli 1914	11,774,000
am 1. Juli 1915	9,580,000
am 1. Juli 1916	10,184,000
am 1. Jan. 1917	10,000,000

Das erste Kriegsjahr lässt die Zahl um über 2 Millionen zurückgehen, dann aber stockt trotz zunehmender Einberufung arbeitskräftiger Männer der Rückgang, es findet im zweiten Jahr wieder eine, wenn auch kleine Zunahme statt, und am 1. Januar 1917 ist die Gesamtzahl fast noch genau so hoch wie sie am 1. Juli 1916 war. Nur um einen Bruchteil der der Nation für den Heeresdienst entzogenen Kräfte hat die Zahl der in der Volkswirtschaft tätigen Kräfte sich vermindert.

Es nimmt der Bedeutung dieser Tatsache nichts, dass sie in hohem Grade auf Massnahmen des Staates und anderer öffentlicher Körperschaften und Verbindungen zurückzuführen ist. Denn bei diesen Massnahmen war nicht die Notwendigkeit bestimmend, für sonst Beschäftigungslose Arbeitsgelegenheit zu schaffen, sondern das Streben, die Produktion bestimmter Güter oder die Leistung bestimmter Dienste im benötigten Umfange sicherzustellen. Nicht Beschäftigungsangst, sondern Arbeitermangel stellt sich ein. Am Arbeitsmarkt überwiegt die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot. Die Arbeitslöhne steigen ohne nennenswerte Lohnbewegungen schon durch das blosse Spiel von Angebot und Nachfrage.

Der Widerspruch dieser Erscheinung mit allen Voraussagungen über die wirtschaftlichen Wirkungen eines Krieges, der Millionenheere in die Aktion rufen und Milliarden über Milliarden kosten werde, ist vielfach hervorgehoben worden. Und es ist der Mühe wert, seinen Gründen nachzuforschen. Denn nur wenn wir über sie im klaren sind, werden wir mit einiger Sicherheit Vermutungen aufstellen können über die Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung nach dem Kriege.

Einer der Hauptgründe, weshalb der Krieg die Volkswirtschaften nicht so tief getroffen hat, wie angenommen wurde, ist offenbar darin zu suchen, dass der Reichtum der modernen Nationen an Kapitalwerten und zu solchen umsetzbaren Gütern viel grösser ist, als man ihn allgemein geschätzt hatte, und dass die Elastizität des Wirtschaftslebens der vorgesetzten kapitalistischen Gesellschaft ebenfalls alles übertrifft, was man in dieser Hinsicht voraussetzen zu können geglaubt hat. Das ausgebildete Kreditwesen unserer Zeit mit dem hochorganisierten und

weitverzweigten Bankensystem erlaubt eine Mobilmachung des Kapitals, die keine frühere Zeit gekannt hat, und so setzte sich das Verwertungsbedürfnis des Kapitals heute in viel stärkere volkswirtschaftliche Aktivität um, als auf früheren Entwicklungsstufen. Zugleich bekräftigte sich in höherem Masse als vordem das alte Wort, dass der Krieg den Krieg ernährt. Von den Riesensummen, die in Form von Anleihen und Kriegssteuern den privaten Geldschränken entzogen wurden, flossen durch das Mittelglied von Staatsaufträgen für den Kriegsbedarf grosse Teile immer von neuem auf den Markt zurück. Eine Zirkulation, die infolge der gewaltigen Vernichtung und Abnutzung von Werten, die der Krieg bedeutet, den Lauf einer sich verengernden Spirale nimmt, nur dass bei der Grösse ihres Umfangs und dem Höhegrad des Erneuerungskoeffizienten in der Produktion diese Verengerung sich der Allgemeinheit längere Zeit nicht fühlbar macht. Die Staaten wirtschaften im Kriege wie Bauunternehmer, die mit geborgtem Gelde Häuser bauen. Solange die Häuser im Bau sind, werden die Kosten aus dem Baufonds bezahlt, und alles geht glatt von statthen. Je näher aber die Häuser der Fertigstellung rücken, umso mehr schmilzt der Baufonds zusammen, und wenn es zum Aufsetzen des Schlussteines kommt — manchmal auch schon früher — ist in so und soviel Fällen der Bauunternehmer bankrott. Es sieht ganz so aus, als ob es diesmal verschiedenen der kriegsführenden Länder ebenso ergehen soll.

Einstweilen jedoch wird noch mit Baugeid gewirtschaftet, und daher das obenerwähnte Phänomen des Arbeitermangels. Es wird beleuchtet durch die sinkende Ziffer der Arbeitslosen in den Gewerkschaften.

Für Deutschland gibt das Reichsarbeitsblatt vom Januar 1917 folgende Zusammenstellung, die sich auf die Angaben der an das Amt berichtenden Gewerkschaften, bzw. Fachverbände (etwa 37 im ganzen) stützt. Es waren am Ende des Monats von je 100 Mitgliedern arbeitslos:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Jahr 1914	4,7	3,7	2,8	2,8	2,8	2,5	2,9	22,4	15,7	10,9	8,2	7,2
" 1915	6,5	5,1	3,3	2,9	2,9	2,5	2,7	2,6	2,6	2,5	2,5	1,7
" 1916	2,6	2,8	2,2	2,3	2,5	2,5	2,4	2,2	2,1	2,0	1,7	1,6

Die Entwicklung ist interessant genug. Das Jahr 1914 fängt mit einer ziemlich hohen Arbeitslosenziffer an, die aber bis Ende Juni auf fast den halben Satz zurückgeht, von 4,7 auf 2,5 vom Hundert. Im Juli 1914, dem Monat der Kriegsgerüchte, geht die Ziffer wieder etwas in die Höhe, zweifelsohne eine Folge der geschäftlichen Unsicherheit. Der Ausbruch des Krieges lässt die Ziffer bis Ende August auf 22,3 vom Hundert emporschnellen. Sie fällt aber schon im nächsten Monat um einen Drittel dieses Satzes, im darauf folgenden Monat um ein Drittel des Satzes, mit dem dieser beginnt, und geht dann in kleineren Schritten, aber stetig abwärts, bis sie zu Ende Dezember auf 1,7 vom Hundert der Mitglieder gesunken ist. Noch niedrigere Ziffern der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder werden aus England gemeldet. Hier bewegt sich die Ziffer der arbeitslosen Mitglieder der berichtenden Gewerkschaften, bei einer etwas grösseren Mitgliederzahl als der der berichtenden deutschen Gewerkschaften, im Jahre 1915 um 1 vom Hundert und im Jahre 1916 um unter 0,5 vom Hundert.

Die Zahlen haben indes nur den Wert, die Entwicklung des Satzes der für die Industrie erhältlichen Reserven organisierter Arbeiter, wie

oben gesagt wurde, zu beleuchten. Für mehr können sie nicht gelten. Denn von Kriegsbeginn an geht die Zahl der organisierten Arbeiter ungemein rasch zurück. Ende 1913 belief sich die Zahl der in den deutschen Zentralverbänden organisierten Arbeiter auf 2,548,763 Mitglieder, die höchste bis dahin erreichte Zahl. Sie ist am Ende des ersten Halbjahres, also am Vorabend des Krieges, 1914 auf 2,483,661 gesunken, ein unbedeutender Rückgang, aber immerhin ein Rückgang, der den Vorzeichen des Krieges geschuldet ist. Am Jahresende 1914 aber ist die Zahl auf 1,645,181 um ein volles Drittel zurückgegangen und beläuft sich Ende 1915 nur noch auf 1,146,259 Mitglieder, noch nicht die Hälfte der Zahl vom Ende 1914, nahezu 1,400,000 Mitglieder weniger als Ende 1913. Mehr als drei Viertel davon, d. h. über eine Million männlicher Arbeiter, entfallen auf Einbezogene zum Heeresdienst, etwa eine Viertelmillion Mitglieder aber sind aus dem einen oder andern Grunde, der nichts mit militärischem Zwang zu tun hatte, der Organisation verloren gegangen. Der Prozentsatz organisierter Arbeiter ist durch den Krieg zunächst erheblich verringert worden. Von den $7\frac{1}{2}$ Millionen männlicher Arbeiter, die am 1. Juli 1914 in den Krankenkassen eingetragen waren, waren, mit Einschluss der christlichen und der Hirsch'schen Gewerkvereinler, aber ohne die Bergarbeiter, gegen drei Millionen, oder nahezu zwei Fünftel; von den fünf Millionen am 1. Januar 1917 eingetragenen männlichen Arbeitern aber waren, wieder wie oben berechnet, nur gegen $1\frac{1}{3}$ Millionen, oder etwas über ein Fünftel, gewerkschaftlich organisiert. Der grosse Zuwachs an weiblichen Arbeitern aber hat die ohnehin nur geringe Zahl gewerkschaftlich organisierter weiblicher Arbeiter nicht nur nicht erhöht, sondern sogar einen starken Rückgang dieser Zahl zur Begleitung gehabt. Der Prozentsatz der organisierten weiblichen Arbeiter, der sich Ende 1913 auf 5,94 belief (von rund 4 Millionen weiblicher Arbeiter waren insgesamt 237,477 organisiert), ist im Kriege sehr erheblich zurückgegangen und dürfte nur noch wenig über 4 vom Hundert ausmachen.

* * *

Dieser Rückgang der gewerkschaftlichen Organisationen ist für die Aussichten der Arbeiterbewegung nach dem Kriege sicherlich eine Er-scheinung, die es verfehlt wäre, auf die leichte Achsel zu nehmen. Im Kriege selbst hat es an Tatsachen nicht gefehlt, die sowohl den Organisationen wie den Arbeitern Entschädigung geboten haben. Den Arbeitern ist für die Gestaltung ihrer Löhne und sonstigen Arbeitsbe dingungen die oben geschilderte günstige Lage des Arbeitsmarkts in der gleichen Weise zugute gekommen, wie in der Zeit vor der Er starkung der Verbände von Arbeitern und Unternehmern, wo mit der wechselnden Konjunktur die Löhne oft sehr grosse Kurven beschrieben. Automatisch, durch das reine Walten des Gesetzes von Angebot und Nachfrage, gingen die Löhne vielfach sprunghaft in die Höhe und erreichten in bestimmten Unternehmungszweigen der Produktion für den Heeresbedarf das Doppelte und mehr der vor dem Krieg gezahlten Sätze. Und wo solches automatische Steigen nicht oder nicht in ge nügendem Masse eintrat und die Gewerkschaften sich veranlasst sahen, einzutreten, ward ihnen von seiten der Behörden in viel weitergehendem Masse als vor dem Kriege Förderung zuteil. Ueberall musste

den Regierungen daran liegen, bei einem Kriege, der wie kein früherer die Beteiligung der Volksmassen in Anspruch nahm, diese in möglichst guter Stimmung zu erhalten, und die beruflichen Organisationen der Arbeiter erwiesen sich dazu als besonders geeignete Vermittler. Ausserdem brauchten die Regierungen, sowie die Ortsbehörden diese Organisationen als Beistand oder Ratgeber für die glatte und zweckmässige Erledigung verschiedener der auf sie einstürmenden, aussergewöhnlichen Verwaltungsaufgaben. Handelte es sich in der ersten Zeit des Krieges namentlich darum, die Hülfe für die durch den Krieg ausser Erwerb geworfenen oder sonst im Erwerb geschädigten zu organisieren, wobei die Gewerkschafter als Sachverständige sehr gute Dienste leisten konnten, so waren im späteren Verlauf es Fragen der Einstellung neuer Arbeitskräfte und der angemessenen Verteilung der Arbeiten, bei deren Regelung die Gewerkschaften als Vermittler für die Vermeidung von grösseren Störungen im Arbeitsprozess sich betätigen konnten. Ganz besonders ist das in England eingetreten, dessen gelernte Arbeiter am eifersüchtigsten darüber wachen, dass keine der von Rechts wegen oder traditionell ihnen zugehenden Arbeiten an ungelernte oder minderbezahlte weibliche Arbeiter übergehen, und die nun damit abzufinden waren, dass unter dem Druck der Kriegsnotwendigkeiten das so lange Abgewehrte unvermeidlich wurde. Ohne Mitwirkung der Gewerkschaften, denen dafür die weitgehendsten Zugeständnisse und Zusicherungen gemacht wurden, wäre die fabelhafte Steigerung von Kriegsmaterial aller Art, durch deren Erzielung Mr. Lloyd George seine vordem wütendsten Gegner zu seinen begeistertsten Anhängern machte (nicht ohne freilich gar manche seiner vorherigen Freunde sich zu entfremden) unmöglich gewesen. Denn die englische Regierung hatte mit einem in höherem Grade widersässigen Arbeiterelement zu tun, als ihre deutsche Gegnerin, und hatte weniger Mittel der Repression zur Verfügung, als sie dieser die deutschen Kriegsgesetze darbieten. Indes scheute man auch in Deutschland davor zurück, gegen Arbeitermassen Zwangsmittel gröberer Art anzuwenden und sicherte sich lieber die Unterstützung durch die Gewerkschaften, die auch ohne allzugrosse Opfer zu erlangen war.

Nicht nur die christlichen, die Hirsch'schen und die sogenannten unabhängigen Gewerksvereine, sondern auch die als Zentralverbände bekannten Gewerkschaften, die in der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften ihre Oberleitung haben, haben mit Bezug auf den Krieg sich in Deutschland — mit wenigen Ausnahmen — entschieden an die Seite der Regierung und der zu dieser haltenden Parteien gestellt. Der im Laufe der Jahre ohnehin sehr gestiegene Einfluss der Generalkommission auf die Entschliessungen der sozialdemokratischen Partei ist mit ganzer Kraft zu gunsten der Unterstützung der Regierung in den Kriegsfragen geltend gemacht worden und hat nicht wenig dazu beigetragen, dass die Haltung der Mehrheit der parlamentarischen Vertreter der Partei in Sachen des Krieges nahezu die einer Regierungspartei wurde. Wie diese Haltung unter weiteren politischen Gesichtspunkten einzuschätzen ist, gehört nicht hieher. Dass sie, vom Standpunkt der Reichsregierung aus gesehen, für diese von nicht hoch genug zu schätzendem Wert war, und dass sie ferner dem Gros der bürgerlichen Parteien sehr genehm kam, braucht kaum erst gesagt zu werden. Unter dem Gesichtspunkt opportunistischer Taktik betrachtet,

der dem Gewerkschaftsführer naturgemäß so nahe liegt, wäre sie auch als klug und geschickt zu bezeichnen. Die Gewerkschaften haben durch sie ihren gesetzlichen Status zweifelsohne sehr befestigt und es, sofern sie bei ihr verharren, den Regierenden ziemlich schwer gemacht, ihnen noch weiter die gesetzlichen Rechte, die sie erstreben, vorzuenthalten, und sie ob umstürzlerischer Verlangen zu ächten. In England, wo schon vordem Gewerkschaftsführer in Ministerien genommen wurden, hat man die Zahl der Minister und Inhaber hoher Staatsämter aus Gewerkschaftskreisen sehr erhöht. In Deutschland ist man so weit noch nicht. Aber man hat auch hier Gewerkschaftsvertreter als Beiräte zu Aemtern hinzugezogen, wie das bisher nur Vertretern der Haupteute von Industrie, Handel, Landwirtschaft, der Gelehrtenwelt und der freien Berufe zuteil wurde. Die neueste Ernennung dieser Art ist die Berufung des Führers des deutschen Metallarbeiterverbands, Alexander Schlicke, in das Kriegsamt als Leiter der Abteilung für die Regelung der mit der Ausführung des Hilfsdienstgesetzes verbundenen Arbeiterfragen. In Frankreich, dessen Gewerkschaftsbewegung nie besonders stark konsolidiert war und daher durch den Krieg wesentlich stärker getroffen worden ist, als die Bewegungen in Deutschland und England, hat man nicht Gewerkschaftsführer, sondern Führer der politischen Bewegung der Arbeiterklasse in die Regierung genommen, indes es auch an Zugeständnissen aller Art an die Gewerkvereine und sonstigen Vertreter der Arbeiter nicht fehlen lassen.

Wie sich im neuen, vom Zarenabsolutismus befreiten Russland die Dinge gestalten werden, lässt sich im Augenblick, wo diese Abhandlung geschrieben wird, noch nicht genau übersehen. Als sicher aber darf man bezeichnen, dass die politische Umwälzung, die den organisierten Arbeitern so viel verdankt, der Arbeiterbewegung für die nächst kommende Zeit einen Einfluss verschafft hat, mit Hilfe dessen sich ihr für ihre verschiedenen Zwecke ein sehr viel grösseres Tätigkeitsfeld eröffnet, als ihr je vorher geboten war.

Je tiefer der Krieg die Völker in Mitleidenschaft zieht, um so weniger können in unserm Zeitalter die Regierungen die politischen und sozialen Forderungen der Arbeiterklasse ignorieren. Die Zeiten sind vorbei, von denen Schiller in Wallensteins-Lager einen der Wallenstein'schen Soldaten sagen lässt:

„Die Könige und Kaiser wussten es besser und waren viel weiser,
Den Bürger und Bauermann täten sie schänden,
Den Soldaten trugen sie auf den Händen.“

Wo Soldat und Volk identisch sind, kann kein Krieg, der neben den regulären Soldaten Reserven und Landwehr unter die Fahnen ruft, auf längere Zeit geführt werden, ohne Massnahmen unumgänglich zu machen, die in Bezug auf die breite Volksmasse ein Verhalten der Herrschenden bedeuten, das dem „tragen sie auf den Händen“ entspricht. Frankreich ist auf politischem Gebiet mit demokratischen Reformen ziemlich gesättigt. Es gibt da auf diesem Gebiet keine Forderung, nach der die Massen besonderes Sehnen empfänden. In England ist das Beseitigen von Rückständigkeiten im politischen Wahlrecht im Gange, durch das die Zahl der Wähler um drei Millionen sich mehren, das Wahlrecht erst im wahren Sinne demokratisiert sein wird. In Deutschland ist von der Regierung die längst fällige Reform

des Wahlrechts im führenden Staate Preussen feierlich versprochen worden, was freilich noch nicht die Einlösung des Wechsels ist, aber dem Kampf um sie gleichkommt, und in Russland ist das demokratische Wahlrecht als Grundrecht des neuen Staatswesens angerufen worden. So hat der Krieg in den Hauptländern teils schon Verhältnisse geschaffen und Massnahmen erwirkt, die der Arbeiterbewegung den Boden für neue Entwicklungen ebnen, und teils wenigstens dahingehende Veränderungen auf die Tagesordnung gesetzt. Die Frage ist nur, ob das alles so bleiben und sich in der gleichen Richtung weiter vollziehen wird, oder ob nicht Gegenkräfte und Gegenbewegungen sich vorbereiten, die geeignet sind, durchgreifende Weiterentwicklungen der Arbeiterbewegung aufzuhalten oder vollständig zu lähmen.

* * *

Wir sahen am Beispiel Deutschlands, für das mir statistische Unterlagen geboten sind, die aus den gegnerischen Ländern schwer beschafft werden können, dass der Krieg den Arbeiterorganisationen zwar zur Zeit eine Steigerung ihres sozialpolitischen Einflusses verschafft, ihre Mitgliederstärke und organisatorische Kraft aber sehr erheblich verringert hat. Im Gegensatz dazu hat er den Verbindungen der Unternehmer zwar für die Gegenwart den Arbeitern gegenüber Zügel angelegt, ihre organisatorische Kraft aber sehr bedeutend gesteigert. Der Krieg hat die ohnehin so vorgesetzte Konzentration der Unternehmungen und der Unternehmerverbündungen in Deutschlands Industrie, Handel und Verkehr ausserordentlich gefördert, in einzelnen Fällen treibhausmäßig genährt. Für Zwecke der Kriegswirtschaft wurde in einer ganzen Anzahl von Produktionszweigen der Unternehmungen die Vereinigung zu grossen Genossenschaften nach Art der Industriesyndikate direkt vorgeschrieben, und wo das Syndikat einmal eingekehrt ist, da pflegt es auch zu bleiben oder, sofern aus dem einen oder andern Grunde Unterbrechung stattgefunden hat, sich bald wieder einzustellen. Einen gefährlichen Gegner haben die Syndikate lediglich an den gemischten Werken der grossen Industrie, die aber der Arbeiterbewegung gegenüber die Niederhaltungstendenzen der Unternehmersyndikate in gesteigertem Grade vertreten. Diese Riesenkonzerne, wie man sie auch nennt, die Krupp-, die Thyssen- usw. Konzerne, bilden der Arbeiterbewegung gegenüber wahre Felsenfesten der Unternehmerhoheit, und sie haben im Krieg durch Ankauf und Angliederung bisher selbständiger Werke ihr Machtbereich sehr bedeutend ausgedehnt. Der Krieg hat in der Industrie, wie in Handel und Verkehr gewaltig mit den Kleinen und relativ Schwachen aufgeräumt, eine angeheure Anzahl kleiner Unternehmer und Vermittlungsagenten (Importeure, Kommissionäre Exporteure) haben ihre Geschäfte schliessen müssen, sie sind ruiniert, während das grosse Kapital Riesengewinne macht und trotz Kriegssteuern, erhöhten Rücklagen usw. höhere Dividenden zahlen konnte. Einheitlicher und mit verstärkter materieller Ausrüstung geht das grosse Kapital aus diesem Kriege hervor.

Ebenso hat das agrarische Element durch den Krieg sehr bedeutend an finanzieller und sozialer Macht gewonnen. Infolge des erhöhten Bedarfs an Landwirtschaftsproduktion wurde durchgängig auf die Land-

wirtschaft die grösste Rücksicht genommen. Wo die Festsetzung von Höchstpreisen für agrarische Produkte sich als unumgänglich herausstellte, wurden diese weit über die normalen Preise hinaus bemessen, damit den Landwirten der Antrieb zur Produktion nicht abhanden komme. Es sind viele Milliarden, die auf diese Weise in Deutschland allein den Landwirten zugeflossen sind und deren wirtschaftliche Position gefestigt haben. Auch wird durch verschiedene Mittel darauf hingearbeitet, nach dem Kriege eine starke Niederlassung zurückkehrender Krieger auf dem Lande zu erwirken. Ganz besonders sollen diesem Zwecke Bestimmungen dienen, kraft deren den Kriegern der kapitalisierte Betrag der ihnen gesetzlich zustehenden Pensionen zum Erwerb kleiner Güter bewilligt werden kann. In dem Masse, als diese Bestrebungen Erfolg haben, kann das Endresultat nur eine Stärkung des sozialen Schwergewichts des agrarischen Interesses im Staatsleben sein.

Neben dem kapitalistischen Monopol erfährt auch das öffentliche (Reichs-, Staats- und Gemeinde-)Monopol starken Zuwachs durch den Krieg. Die Verzinsung und Ablösung der ungeheuren Schuldenlasten, welche die Staaten und die Gemeinden im Krieg auf sich genommen haben, erfordern neben sehr erhöhten Steuern noch andere Einnahmequellen, und da ist das Monopol die nächstliegende Zuflucht. Aber das Monopol, das vor allem fiskalische Aufgaben zu erfüllen hat, kann nicht zugleich sozialpolitisches Unternehmen sein; es wird, obwohl öffentlicher Natur, zur Arbeiterbewegung sich nicht wesentlich anders verhalten, als das privatkapitalistische Monopol. Ueber gewisse Wohlfahrtseinrichtungen, die man auch bei den grossen kapitalistischen Unternehmungen vorfindet, die aber dort zumeist als Organe der Ablenkung von der Arbeiterbewegung dienen, geht das fiskalische Monopol nicht hinaus, und dem Staats- und Gemeinbetrieb gegenüber sind die Waffen der Arbeiterbewegung, so weit diese nicht als politische Kraft wirkt, nicht schärfer, als sie es dem privaten kapitalistischen Monopol gegenüber sind.

Während so die kapitalistischen und agrarischen Gegenkräfte gegen die Arbeiterbewegung verstärkt und gefestigter als vorher aus dem Krieg hervorzugehen sich anschicken, drohen dieser Verwässerung und Spaltungen einen Kräfteverlust an, der der moralischen Machtposition, die sie im Krieg einnimmt, nach dem Kriege sehr verhängnisvoll werden kann.

Wir haben gesehen, dass der Krieg, wie er die sozialpolitische Qualität der Arbeiterschaft verschlechtert hat — und er würde sie noch mehr verschlechtert haben, wenn nicht der Bedarf der Kriegsindustrien die Zurückbehaltung eines grossen Prozentsatzes gelernter Arbeiter nötig gemacht hätte — so die wirtschaftlichen Arbeiter-Organisationen sehr gelichtet hat. Gelichtet, denn zu sagen dezimiert, würde die Sache sehr optimistisch ausdrücken heissen. Was von der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung gilt, gilt auch von der politischen. Nach dem Bericht, den das Parteivorstandsmittel Ebert der sozialdemokratischen Parteikonferenz vom 21. September 1916 vortrug, war der Mitgliederbestand der deutschen Sozialdemokratie, der Ende März 1914 sich auf 1,085,905 belief, bis 1916 auf 395,216, oder um 64 vom Hundert, zurückgegangen. Dieser Rückgang allein würde jedoch noch nichts Erschreckendes haben. Er könnte noch grösser sein, und ist es wahrscheinlich auch seither geworden, ohne deshalb die Freunde der Bewegung zu pessimistischen Betrachtungen zu nötigen. Die Sozialdemokratie war eine grosse politische Macht, als sie noch

mit sehr viel kleineren Zahlen rechnen musste. Aber damals war sie im Aufstieg und hatte den grossen Glauben an sich selbst und ihre Weltmission, der ihren Mitgliedern eine beispiellose geistige Spannkraft verlieh und auch auf die Gegner tiefen Eindruck machte. Jetzt dagegen ist zugleich mit dem Wandel in der Politik der Partei mit diesem Glauben eine Wandlung vor sich gegangen, die man bei aller Objektivität nur als Verwässerung bezeichnen kann. Die politische Haltung der Partei im Kriege ist einer der Hauptfaktoren gewesen, die zur Zerrüttung der sozialistischen Internationale geführt haben, mit dem Wegfall der Möglichkeit der Berufung auf diese aber ist die Partei — ich spreche hier von der deutschen Sozialdemokratie, wie sie durch den derzeitigen Parteivorstand und die Mehrheitsfraktion der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vertreten ist — auf dem Wege, das ganze ideale Moment zusammenbrechen zu sehen, das der sozialdemokratischen Bewegung die grosse Werbekraft sicherte und ihren Kampf über das Niveau eines blossen Interessenkampfes erhob, wie ihn die andern Parteien auch kämpfen. Dieser Entwicklungsprozess ist im Gange und wird von der Parteileitung dadurch noch gefördert, dass sie die Heraustreibung derjenigen Elemente aus der Partei betreibt, die sich als Opposition gegen sie organisiert haben. Als Teilnehmer am Kampf dieser Opposition und im Hinblick auf den unpolitischen Charakter dieser Zeitperiode, begnüge ich mich mit der Feststellung des Gegensatzes, ohne in eine Polemik gegen die Politik einzutreten, die ich als Sozialist für verderblich erachte. Aber den Ausdruck Verwässerung kann ich ihr nicht ersparen, weil er mir eben den Kern der Sache zu treffen scheint und wohl auch die objektivste Bezeichnung der Tendenz ist, die sich bei allen Fragen der grossen Politik offenbart, zu denen die Partei neuerdings Stellung genommen hat. Nicht nur der Zahl der Mitglieder nach verringert, sondern auch in einander heftig bekämpfende Fraktionen gespalten, geht die deutsche Sozialdemokratie aus dem Kriege hervor, und es ist nicht unmöglich, dass diese Spaltung sich im weiteren Verlauf auch auf die Gewerkschaftsbewegung überträgt. Eine leidenschaftliche Opposition gegen die Politik der Generalkommission hat sich schon an verschiedenen Orten in Versammlungen von Gewerkschaftsmitgliedern kundgegeben, nur ein sehr kraftvolles Verhalten der Gewerkschaftsleiter wird die Einheit der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands bewahren können.

Aehnliches wie in Deutschland geht in der sozialistischen Arbeiterbewegung anderer vom Krieg betroffener Länder vor sich. Es im Einzelnen zu kennzeichnen, geht an dieser Stelle nicht an. Der Hinweis auf die Tatsache, die jedem bekannt ist, der die Vorgänge des Tages verfolgt, mag genügen.

* * *

Der Krieg hat in die sozialistische Internationale einen tiefen Riss hineingetragen und über die sozialistischen Parteien der Hauptländer Spaltung gebracht. Welches Horoskop kann man unter diesen Umständen und in Anbetracht der sozialen Wirkungen des Krieges der Arbeiterbewegung in Bezug auf ihre Entwicklungsmöglichkeiten nach dem Kriege stellen?

Eine einheitliche, durch keinerlei Preisgabe von Grundgedanken

ihrer vor dem Krieg verfochtenen Politik erschütterte Sozialdemokratie würde trotz der geschilderten ökonomisch - sozialen Wirkungen des Krieges den Boden für eine ausserordentlich fruchtbare politische Tätigkeit vorbereitet finden und weiterwirkend die ganze Arbeiterbewegung zu erhöhter Durchdringung des sozialen Lebens mit ihrem Geiste befähigen und anfeuern. Wenn nicht unvorhergesehene und zur Zeit als unwahrscheinlich zu betrachtende Ereignisse der Kriegslage eine völlig veränderte Gestalt geben, kann der Krieg nur überall mit einer grossen Ernüchterung der Volksmehrheit hinsichtlich des Wertes des bisherigen Systems der Grossstaaten und ihrer militaristischen Grundlage enden. Ein ungeheurer Drang nach tiefgreifender Änderung des Systems wird sich geltend machen, und diese Änderung kann nur auf dem Wege der Demokratie gesucht werden. Was sich in Russland vollzieht, zeigt, von den durch die besonderen Umstände dieses Landes bedingten Formen abgesehen, die Richtung dieser Bewegung an. Der Arbeiterbewegung würde eine führende, wenn nicht die führende Rolle zufallen. Die politischen Rechte und die Mitwirkung an der Verwaltung, die man ihr im Kriege zugesprochen hat, würden, soweit sie nicht schon gesetzlich festgelegt sind, unverzüglich durch Gesetz sichergestellt werden müssen und den Ausgangspunkt bilden für eine weitgreifende Demokratisierung der inneren und äusseren Politik. Der Drang zur Vermehrung der öffentlichen Betriebe würde sich unmittelbar und unwiderstehlich gegen die Hochburgen des grossen Kapitals richten und dessen Riesenmonopol in jeder Hinsicht der Allgemeinheit dienstbar machen. Und ebenso unwiderstehlich würde der Drang sein, in der Frage der Einschränkung der Rüstungen zu einem positiven Resultat zu gelangen.

Wie die Dinge in den Parteien der Arbeiterklasse sich tatsächlich gestaltet haben, werden, was Deutschland anbetrifft, im Fall die von der jetzigen Parteileitung der Sozialdemokratie geführte Richtung die Oberhand behält, von alledem nur — um beim oben gebrauchten Begriff zu bleiben — Verwässerungen zur Verwirklichung kommen. Indem diese Fraktion in der auswärtigen Politik sich den politischen Begriffen der Regierenden anpasste, hat sie auch ihrer inneren Politik Zügel angelegt, ist sie auch in Bezug auf diese von vornherein auf den Kompromiss angewiesen. In ihren Reihen hat das Schlagwort „Anerkennung des Staates und der Staatsnotwendigkeiten“ Geltung erhalten, und da das nicht auf den abstrakten Staat, sondern auf den konkreten bürgerlich - kapitalistischen Staat sich bezieht, umschliesst es die Bewilligung von Mitteln für Zwecke, denen sie vordem ihre Zustimmung versagte, eine Abschwächung, wenn nicht ein Aufgeben des Kampfs gegen jene Zwecke. Eine Erzwingung politischer Rechte im Sinne der Demokratie ist damit ausgeschlossen, da die Partei als Opposition keinen tiefergehenden Eindruck mehr macht; man wird ihr soviel von den versprochenen Reformen gewähren, als die Regierung mit den Parteien der Mitte und der Rechten des Bürgertums zu vereinbaren vermag, im übrigen aber sich an die Staatsnotwendigkeiten halten, wie man selbst sie versteht.

Nicht anders wird es der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung ergehen. Man wird dem Arbeiterelement eine stärkere Vertretung in Verwaltungs-Ausschüssen aller Art einräumen, nicht nur als Anerkennung politischen Wohlverhaltens, sondern auch, weil man es brauchen wird, um der Schwierigkeiten Herr zu werden, welche die durch den Krieg geschaffene

Wirtschaftslage notwendigerweise für die Regelung der Arbeiterverhältnisse im Gefolge haben wird.

Die Ueberleitung aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft ist, wie schon erwähnt, in hohem Grade ein Problem der Arbeitsorganisation. Es ist ohne Mitwirkung von anerkannten und erfahrenen Vertretern der Arbeiter nicht befriedigend zu lösen, denn es ist zugleich ein Problem der Neuregelung der Arbeitslöhne. Während die Unternehmer die Lohnsätze der Kriegszeit nicht werden fortzahlen wollen, werden die Arbeiter, da die Lebensmittelpreise voraussichtlich noch längere Zeit nicht an das Mass der Jahre vor dem Kriege zurückgehen werden, selbstverständlich nicht auf die Lohnsätze jener Zeit zurückgehen wollen. Grosse, mit schweren Schäden der Volkswirtschaft verbundene Kämpfe würden bei diesem Antagonismus unausbleiblich sein, wenn nicht Mittel gefunden werden, mindestens zeitweilig immer wieder einen Ausgleich zu erwirken. Die Einigungsämter, wie Deutschland sie bisher hatte, werden dazu nicht ausreichen. Voraussichtlich wird man daher einen Schritt weiter gehen und Lohnämter einrichten, wie England sie vor dem Kriege im Kohlenbergbau eingeführt hat. Sie würden auch einen Fortschritt bedeuten und von ihm wahrscheinlich viel Aufhebens gemacht werden. Aber man darf sich darüber nicht täuschen, dass dieser Fortschritt nicht unter allen Umständen auch einen Fortschritt der Arbeiterbewegung bedeutet. Er gehört zum Thema der Verallgemeinerung und weiteren Ausgestaltung der Tarifgemeinschaften, wovon in Abhandlungen über die Sozialpolitik nach dem Kriege vielfach geschrieben worden ist. Im Allgemeinen zweifelsohne eine fortschrittliche Einrichtung, haben diese Gemeinschaften, wie das in einer auf dem Gegensatz der Interessen aufgebauten Wirtschaftsordnung nicht anders sein kann, für die Arbeiterbewegung auch ihre Kehrseiten, die sich gerade unter Verhältnissen, wie sie nach dem Kriege sich leicht entwickeln können, sehr unangenehm fühlbar machen würden. Die Vertreter der Arbeiter übernehmen in ihnen Verantwortungen, die ihr Amt zu einem sehr undankbaren machen, eben weil noch jedes zuverlässige Mass für das Verhältnis von Lohn und Bedarf fehlt.

In Verbindung mit dieser Frage steht die des Ausbaus der Arbeitsnachweise. In Bezug auf diese werden die Notwendigkeiten der Volkswirtschaften wahrscheinlich gleichfalls Zugeständnisse an die Arbeiter unumgänglich machen. Indes auch sie können solche Formen erhalten, dass die Arbeiterbewegung von ihnen wohl erhöhte Betätigungs möglichkeiten, aber darum noch keineswegs eine wesentliche Kräftigung erlangen würde. Von einer politischen Partei der Arbeiter, die ihre Opposition selbst eingeschränkt hat, werden sich die Vertreter der Unternehmer schwerlich mehr als die Anerkennung des Prinzips der Parität abringen lassen. Die Parität wirkt aber einer geschwächten Arbeiterbewegung gegenüber ganz anders als einer im Aufstieg begriffenen und das unerschütterte Vertrauen der Arbeiterschaft geniessenden Bewegung. Es ist hier ähnlich, wie mit den Arbeiterausschüssen, die auch eines weiteren Ausbaus fähig sind und mancherlei Förderung erfahren werden, denen aber die Praktiker der Arbeiterbewegung stets eine starke Skepsis entgegengebracht und sich damit insofern nicht getäuscht haben, dass diese Ausschüsse mit der Funktion, die sie der Bewegung abnehmen, ihr auch Säfte entziehen.

Ein Zugeständnis an die Arbeiterklasse, das der Krieg mit sich gebracht hat, ist, dass in Preussen, wo in den Gemeindeverwaltungen die Magistratsverfassung gilt, der Staat die Wahl von Sozialdemokraten in die Magistrate genehmigt hat, während er ihr vor dem Krieg regelmässig die Genehmigung versagt hatte. Nun hat die Arbeiterbewegung gerade in der Gemeindeverwaltung grosse Aufgaben zu erfüllen, und jede Erweiterung ihrer auf sie bezüglichen Rechte ist daher gewiss zu begrüssen. Auch hier ziehen jedoch die Verhältnisse, denen wir entgegengehen, einen bösen Strich durch die Rechnung. Die ungeheure Belastung der Gemeinden mit finanziellen Verpflichtungen und erhöhten Unterstützungsauflagen machen den Arbeitervertretern jedes grössere schöpferische Wirken sozialpolitischer Natur zur Unmöglichkeit. Das fiskalische Bedürfnis drückt so stark auf die Verwaltung, dass ein oder zwei Sozialdemokraten unter der vielfachen Zahl bürgerlicher Magistratsmitglieder an der gegebenen Sozialpolitik der Gemeinde wenig ändern können.

Und so noch auf vielen anderen Gebieten. Die Rechte, die man der Arbeiterklasse einräumen wird und die unter den dargelegten Voraussetzungen sich in mässigen Rahmen halten werden, bedeuten für die Arbeiterbewegung zunächst nur theoretische Möglichkeiten der Weiterentwicklung. Ihre Anwendung in der Praxis, um die Möglichkeiten zu Wirklichkeiten zu machen, hängt zu sehr von der Gestaltung der Dinge in der grossen Politik ab, als dass heute mehr als Konjunkturbetrachtungen darüber möglich wären. Ganz allgemein kann man nur sagen, dass der Krieg ein grosses Pfand in die Hände der Führer der Arbeiterbewegung gelegt hat. Es kommt auf den Geist an, in dem sie dieses Pfand verwalten, ob die Arbeiterbewegung in solcher Verfassung aus dem Krieg hervorgeht, dass sie das grössstmögliche Mass von Rechten erlangt, das überhaupt zu erlangen ist; ob sie die innere Kraft hat, sie rationell zum grösssten Nutzen für ihre Weiterentwicklung zu verwerten, insoweit es die von ihr nicht bestimmbaren Verhältnisse gestatten.



DR. A. FOREL, EHEM. PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT ZÜRICH: FORTSCHRITTE DER ALKOHOL-VERBOTSGESETZGEBUNG VOR DEM KRIEGE UND WÄHREND DES KRIEGES.



ER Weltkrieg hat überall das internationale und auch das innerstaatliche Vereinsleben mehr oder minder schwer geschädigt. Davon machen natürlich die Alkoholabstinentzvereine keine Ausnahme. Sie sind meistens, selbst in neutralen Ländern, stillgestanden oder zurückgegangen. Der Mut fehlt; die Blicke sind ängstlich oder leidenschaftlich auf den Kriegsverlauf gerichtet.

Doch zeigt sich umgekehrt bei den Militär- und sogar bei den Zivilbehörden, dass die jahrzehntelange aufklärende Arbeit der Abstinenzvereine und ihr Beispiel einen tiefen Eindruck gemacht haben, als ihr

vorhergehendes Verhalten es vermuten liess. Was die Behörden aus Schlendrian und gemütlicher Trägheit vorher unterlassen hatten, wurde bei ihnen durch Angst und Not wachgerufen und an Hand der Erfahrungen der Alkoholabstinenten traten sie fast überall, selbst in neutralen Ländern, in Konflikt mit den Interessen der Schnapsbrenner und Bierbrauer, weniger mit denjenigen der Weinerzeuger. Die Folge war ein ungeahnter Fortschritt der Verbotsbewegung, trotz aller Kniffe der Interessenten, die sich nicht schämten, ihre Geldgier in patriotische Schwindelphrasen einzuhüllen. Der grossartigste Vorgang fand in Russland statt. Wir wollen damit anfangen.

Russland: Noch beim Antialkoholkongress in Mailand 1913 liess sich die russische Regierung durch einen Alkoholfreund, Herrn Grafen Skarzinski vertreten. Ich beschuldigte dazumal offen die russische Regierung der Heuchelei, solange sie nicht die $1\frac{1}{2}$ Milliarden jährlichen Einkommens ihres Alkoholmonopols progressiv einschränke, statt sie immerwährend zu vermehren. Mit dem Eintritts Barks in das russische Finanzministerium, unter öffentlicher Mithilfe des Grafen Witte, Tschelischoffs (Dumaabgeordneter, der einen titanischen Eifer für das Alkoholverbot entwickelte) und, wie behauptet wird, des geheimen Einflusses des Pöpeln Rasputin (es wäre dies wohl seine einzige gute Tat) auf den Zar, fing nun plötzlich, seit Januar 1914, ein neuer Wind zu blasen an. Schlag auf Schlag, wie mir aus sicherer Quelle damals fortwährend geschrieben wurde, wurden sowohl im Heer wie im Zivilleben, ohne Rücksicht auf die Monopoleinnahmen, die strengsten Massregeln ergriffen, und das alte Lokalvetorecht der Gemeinden begünstigt, statt wie bisher unterdrückt.

Ich traute bereits meinen Augen kaum ob jener Umkehr, als beim Ausbruch des Krieges, Anfangs August, die einzig dastehende Anordnung des Zars über das gänzliche Verbot des Trinkbranntweins in ganz Russland erfolgte. Ueber diesen Theatercoup erhielt ich ergreifende Berichte von Augenzeugen. Tausende von Litern des Monopolschnapses wurden zum Beispiel in die Weichsel gegossen u. s. w. Selbst in vornehmen Restaurants wurde nur der mässige Ausschank von Wein und Bier gestattet. Der Monopolalkohol wurde nur noch zu Industriezwecken verwendet. Mehr noch; bald stimmten die meisten Städte, sogar Petersburg und Moskau, für das gänzliche Verbot aller alkoholischen Getränke. Ganz Russland wurde, wie man in den Vereinigten Staaten sagt, mit einem Schlag „trocken gelegt“.

Die Folgen waren ungeheuer günstig für Heer und Volk. Trotz der Korruption der russischen Verwaltung, trotz des Analphabetismus von 75 % des Volkes, trotz mangelhafter Sorge und Organisation für das Heer und seine Verbindungen, hat sich das letztere, das anfangs des zwanzigsten Jahrhunderts (1904) von Japan eine so schmähliche Niederlage eingeholt hatte, bis heute tapfer und ausdauernd gehalten. Das Verbrechertum nahm um 60—80 % ab. Die Trinkerasyle wurden leer, die Gefängnisse zum Teil auch, die Prostitution in Moskau verminderte sich um 60 %, das Justizministerium liess die Zahl der neu zu bauenden Gefängnisse vermindern. Sogar eine Abnahme der Tiermisshandlungen wurde festgestellt. Ferner gestattete der rasch zunehmende Wohlstand des Volkes, das Gleichgewicht des Budgets auf andere Grundlagen als die Alkoholmonopols zu stützen.

Uebrigens verweise ich für nähere Einzelheiten auf die vortreffliche Arbeit Prof. Dr. Hercods über das russische Alkoholverbot (Internationale Monatsschrift, Verlag von Fr. Reinhardt, Missionsstrasse 36, Basel; September 1915, Heft 9 und August 1916, Heft 8). Wir wollen hier die Folgen kurz angeben, soweit sie feststehen:

Bei 190,250 Arbeitern wurde die Gesamtzahl der Arbeits - Unterbrechungsstunden pro Arbeiter von August bis Oktober 1913 (4347) gegenüber August bis Oktober 1914 (3001) berechnet. Also 31 % weniger in 1914.

Bei 3358 Arbeitern wurde eine Erhöhung der Arbeitsleistung um 7,5 % in der gleichen Zeitdauer gegenüber 1913 ebenfalls festgestellt.

Ein und der gleiche Arbeitsgeber beschäftigte in der gleichen Zeitperiode (August — Oktober), im Jahre 1913, 690 Personen und 1914 615 Personen (also fast die gleiche Zahl). Man möge nun die Zahl der Arbeitsunterbrechungen vergleichen:

Arbeitsunterbrechungen	1913	1914	Abnahme	19,061 $\frac{1}{2}$	Stunden
"	"	"	"	7,138 $\frac{1}{2}$	"
Arbeitsunterbrechungen nach den Festtagen	1913	1914	Abnahme	11,923	Stunden
"	"	"	"	5,339	Stunden
				393 $\frac{1}{2}$	"
Arbeitsunterbrechg. nach dem Lohn-Empfang	1913	1914	Abnahme	4,945 $\frac{1}{2}$	Stunden
"	"	"	"	5,225	Stunden
				278	"
Arbeitsunterbr. wegen Krankheit und Urlaub	1913	1914	Abnahme	4,947	"
"	"	"	"	8,491 $\frac{1}{2}$	Stunden
				6,467	"
			Abnahme	2,024 $\frac{1}{2}$	Stunden

Nun kommt die bekannte Untersuchung im Penza von Ph. E. Termitin. Sie bezieht sich vor allem auf den Verbrauch von Ersatzgetränken nach dem Verbot, wurde weidlich von den Alkohol - Interessenten verdreht und bringt Antworten von 2167 Personen (darunter 120 Frauen):

Abstinent oder sehr mässig	343
Tranken nur an Festtagen, aber oft sehr viel	987
Regelmässige Trinker (davon 461 Alkoholiker)	836

Das Wichtigste sind die Antworten von 1885 männlichen Trinkern, deren 14 % (259) sogenannte Ersatzgetränke gebrauchten. Jene Ersatzgetränke waren aber nicht die fürchterlichen Gifte, die die Presse ausposaunte, sondern meistens der ganz harmlose Kwass, Bier u. s. w. Nur 51 Männer gebrauchten denaturierten Sprit, 7 Firnis, 7 Lack und 4 absonderliche Getränke. Aber nach zwei Monaten liessen fast alle davon ab und nur 3 % suchten noch das Verbot mit vergorenen Getränken zu umgehen.

Von 1657 Männern haben sich 84 % für ein endgültiges Verbot nach dem Kriege und nur 15 % für dessen Aufhebung ausgesprochen.

Die allgemeinen Folgen sind vor allem, dass frühere Trunkenbolde jetzt am meisten für das Verbot begeistert sind (wie bei uns die früheren Trinker). Die früher stark trinkenden Dörfer sind ebenfalls am energischsten für Beibehaltung des Verbotes für immer, auch nach dem Krieg.

Die früher mässigen Dörfer sind eher für Wiedererlaubnis nach dem Krieg, aber mit Einschränkungen.

Bei der Enquête in Poltawa haben sich 75,2 % für Beibehaltung des Verbotes nach dem Kriege und 24,8 % nur für eine Einschränkung des Alkohols erklärt.

Im Weitern wird bemerkt, dass man überall ein grösseres Interesse für öffentliche Angelegenheiten beobachtet; viele Zeitungen werden gelesen und Analphabeten lassen sich vom gelehrten Nachbar vorlesen. Man gibt viel und gern für Kriegsbedürfnisse.

Man konstatiert auch ein erneutes Interesse für alles, was das häusliche Leben betrifft. Man arbeitet mehr und infolgedessen ist die wirtschaftliche Lage des Bauern besser. Er kann sich Vieh kaufen, hier ein Schwein, dort eine Kuh; er kann jetzt Reparaturen im Stall oder in der Scheune vornehmen. Er hat mehr Sinn für ein gemütliches Heim. Mehrere Antworten berichten von einer neu angeschafften Wanduhr, andere von einer Nähmaschine, die jetzt in der Wohnstube einen Ehrenplatz einnimmt. Die Nahrung ist besser geworden; man trinkt viel Tee, hier und da sogar Kakao. Man bezahlt alte Schulden und bringt Geld auf die Ersparniskasse. Wo früher nur 20 Leute dem Vortrag des Staatsagronomen beiwohnten, sind es jetzt 200. Alkoholfreie Beerdigungen und Hochzeiten ersetzen heute die früheren Exzesse, zum Glück der Frauen und Kinder.

Die Bezirke Penza und Jekaterinoslaw haben mit zirka 80 % gegen 20 % für das Verbot aller alkoholischen Getränke nach dem Kriege sich erklärt.

Im Regierungsbezirk Charkow hat man auch eine Verminderung der Brandschäden von der Hälfte bis zu zwei Dritteln festgestellt.

Die Einlagen in den Sparkassen haben sich von 38 Millionen Rubel in 1913 auf 117 Millionen im Jahre 1914 und 146 Millionen im Jahre 1915 (bis 1. April) erhöht. Allerdings kommt hier in Betracht, dass seit dem Kriege jede Summe eingezahlt werden darf (früher nur 1000 Rubel) und dass infolgedessen die Kreditanstalten jetzt weniger benutzt werden als früher.

Am 30. Juni 1916 hat die Reichsduma einen Gesetzes-Entwurf angenommen, nach welchem der Branntwein ganz und das Bier mit $2\frac{1}{4}$ % Alkohol und darüber auf immer verboten werden sollen. Nur der einheimische Wein wäre gestattet, aber es stände jeder Gemeinde frei, ihn durch Lokalverbot aus ihrem Gebiet ebenfalls zu verbannen. Jener Gesetzes-Entwurf hat die Bestätigung durch den Reichsrat kurz vor seinem Sturz erhalten.

Zum Schluss möchte ich ein paar Aeusserungen von Bauern und dgl. Russlands unter vielen im Regierungsbezirk Kasan mitteilen, die sich auf eine Enquête beziehen, worin von 1982 Antworten nur drei Prozent keinen Einfluss des Verbotes angeben, während die andern vorzügliche Erfolge erwähnen:

Ein Lehrer sagt: „Wer das Land nicht kennt, bemerkt vielleicht gar nichts, aber wir, die immer hier wohnten, wir glauben, dass seit einem Jahr es sich ganz umgeändert hat. Ueberall sieht man den wohltätigen Einfluss des Alkoholverbots, mit dem ökonomischen Stand anfangend und mit dem ethischen endend.“

Ein Bauer sagt: „Infolge des Verbots hat sich die Bevölkerung

derart regeneriert, dass man sie nicht mehr erkennt. Den Einfluss der Abstinenz fühlt man nicht nur bei unsren Bauern, sondern bei den Meistern, den Dachdeckern, den Malern etc."

Wiederum ein Lehrer schreibt: "Die Dichter sprachen ehemals vom goldenen Zeitalter. Nun hat es hier angefangen. Wenn das Verbot der geistigen Getränke aufrecht erhalten wird, wird sich der Russe auf seinen Füssen erheben und bald wird es kein Reich geben, das mit ihm auf der Welt wird verglichen werden können."

Ein weiterer Lehrer: "Bis zum Alkohol - Verbot las kein einziger Erwachsener ein Buch aus der Schulbibliothek. Jetzt haben alle unsere Bücher gelesen und verschiedene sind darüber unzufrieden, dass die Bibliothek zu klein sei und nicht mehr zu lesen biete. Man liest die Zeitungen und man hört mit Aufmerksamkeit ihren Inhalt."

Ein Priester schreibt: "Ich vergleiche die Resultate, die ich aufschreibe. Früher hatte ich fast täglich die heiligen Sakramente an Kranke zu geben; jetzt, nach dem Alkoholverbot, nur ein oder zwei Mal wöchentlich."

(Fortsetzung in nächster Nummer.)

LIDA GUSTAVA HEYMANN (MÜNCHEN): FRAUENBEWEGUNG NACH DEM KRIEGE.



IESER Weltkrieg wirkt katastrophal, er bringt alles aus dem Gleichgewicht. Dieser Weltkrieg lässt Recht als Unrecht und Unrecht als Recht erscheinen; Wenigen schafft er unermessliche Vorteile, vielen unendliche Nachteile. Dieser Weltkrieg bringt die Menschheit einerseits um Jahrhunderte zurück, er eröffnet ihr anderseits Aussichten, die heute noch gar nicht zu übersehen sind.

Dieser Weltkrieg lässt mehr oder weniger nichts unberührt und Jeder, der in seinen sozialen oder politischen Bestrebungen besondere Ziele verfolgt, stellt sich deshalb die Frage: wird er meiner Sache Vorteile oder Nachteile bringen?

Man grübelt, sinnt und prophezeiht!

Was wird dieser Weltkrieg der Frauenbewegung bringen?

Viele nehmen an, dass sich ein wichtiger Faktor der Frauenbewegung aller Länder, das Zahlenverhältnis von Männern und Frauen zu einander in allen kriegführenden Ländern zu Ungunsten der Frauenbewegung verschieben werde, denn Ueberfluss an Frauen vermindert nicht tatsächlich aber nominell ihren Wert und steigert den der Männer, gemäss dem bekannten Grundsatz von Angebot und Nachfrage. Dieser Nachteil kann in Ländern, wo Frauen Selbstbewusstsein haben, wo Frauen sich ihres vollen Wertes dem Staate gegenüber bewusst sind, der Frauenbewegung insofern förderlich werden, als weniger Frauen zur Ehe gelangen und sich mehr den Berufen zuwenden, ein eigenes verantwortungsvolles Leben führen, dadurch mit den staatlichen Einrichtungen und Gesetzen persönlich in Berührung kommen. Frauen, die mitten im Leben stehen, sehen mit eigenen Augen, nicht mit denen

der Männer, sie hören mit eigenen Ohren, nicht mit denen der Männer, sie bilden sich ein persönliches Urteil und müssen zur Ueberzeugung kommen, dass mehr oder weniger alles im Staate darauf hinzielt, den Bedürfnissen des männlichen Geschlechtes zu dienen, seine Rechte zu wahren und die des weiblichen hintanzuhalten. Solche Frauen werden sich der Frauenbewegung anschliessen und die Reihen derer vermehren, die für das Recht der Frau kämpfen.

Andere glauben, dass man den Frauen der verschiedenen Nationen, der kriegsführenden und neutralen, die sich während dieses Krieges in treuer Pflichterfüllung auf allen Gebieten bewährt haben, nach demselben die politischen und sozialen Rechte zuerkennen werde, für die sie vor dem Kriege vergeblich kämpften, dass somit die Frauenbewegung ihrem endlichen Ziele sehr nahegerückt wird.

Solchen Optimismus vermag ich nicht zu teilen!

Wohl wird man Frauen nach dem Kriege in Stellungen finden, die früher nur von Männern eingenommen waren, man wird ihnen je nach herrschender Ueberlieferung und Veranlagung, die den Männern und Frauen der einzelnen Staaten eigen sind, sozialpolitische, vielleicht sogar politische Rechte einräumen, im allgemeinen wird man aber die Frauen, wie schon so oft mit den Worten abspeisen: „Der Mohr hat seine Arbeit getan, der Mohr kann gehen“.

Schnell ist vergessen, was in Stunden der Not an aufopfernder Hingabe von Frauen geleistet wurde. Ebnen sich die Wogen patriotischer Begeisterung, kommt alles wieder ins Geleise, dann schwindet das Gefühl von Gleichheit, jeder fusst auf seinem Rechte und spannt ins Joch, was sich spannen lässt, oder spannen lassen muss.

Vom Staate werden der Frauenbewegung durch die Ereignisse des Weltkrieges wenig oder keine Vorteile erwachsen. Die von Männern geleiteten Staaten werden nach wie vor den Frauenforderungen zähen Widerstand entgegensetzen und die Frauen werden in gleicher Weise wie bisher um ihre Rechte weiter kämpfen müssen.

Wohl wird die Frauenbewegung nach dem Kriege in einigen Ländern Fortschritte, in anderen Ländern Rückschritte zu verzeichnen haben. Wie weit Fortschritt und Rückschritt einander die Wage halten werden, ist heute, wo der Verkehr der Länder unter einander gehemmt ist, noch nicht zu übersehen, aber das wissen wir schon jetzt, dass überall Gegner und Freunde am Werke sind, um den Krieg für ihre Zwecke auszunutzen. Was sie auch erreichen mögen, von wesentlicher Bedeutung, Umgestaltung oder Beeinflussung der Frauenbewegung an sich, wird das nicht sein.

So bliebe denn alles beim Alten und dieser Weltkrieg hätte der Frauenbewegung nichts genommen und nichts gegeben? Dem oberflächlichen Beobachter möchte es fast so scheinen, aber dem ist nicht so.

Für den, der tiefer zu sehen und fühlen vermag, sind deutliche Anzeichen vorhanden, dass diese welterschütternde Katastrophe die Frauenbewegung nicht unberührt liess; sie wird ihr neue Wege weisen!

Die Erkenntnis, die einigen Führerinnen der Frauenbewegung vieler Länder bei Ausbruch des Krieges kam und die von vielen Frauen, die ausserhalb der Bewegung stehen, geteilt wird, wird sich Bahn brechen, nämlich: dass es Aufgabe der Frauenbewegung aller Länder ist, Krieg dem Kriege zu erklären. Dadurch eröffnet sich ihr ein völlig neues

Arbeitsgebiet, vielleicht das schwierigste, das ihrer bisher geharrt hat, aber auch dasjenige, was dem innerlichen Wesen der Frau am aller-nächsten steht; zu erhalten, was gewachsen ist, Leben zu bewahren, das sie geschaffen hat. Von der Frauenbewegung aller Länder müssen nach diesem Menschenmorden die Frauen zu anderem Heldentum geführt werden, nicht zum passiven, welches im Schmerzen lindern, Dulden, Opfer bringen, Schweigen und stillem Ertragen gipfelt, sondern in kraftvollem Fordern, im Durchsetzen dieser Forderungen, die die Welt von den barbarischsten und kulturwidrigsten Mittel, Streitigkeiten unter den Völkern zu schlichten, dem Kriege, befreien wird.

Männer und Frauen, besonders eine Frau, Bertha von Suttner, deren Arbeit zu Lebzeiten von den besten ihrer Geschlechtsgenossen nicht im vollen Masse anerkannt worden ist, haben bereits Wege gewiesen, um dauernden Frieden unter den Völkern der Welt anzubahnen. Mitzuwirken, diese Wege gangbar zu machen und sie Millionen von Frauen zu weisen, das ist die Aufgabe der Frauenbewegung aller Länder nach diesem welterschütternden Ereignis.

Anzeichen sind vorhanden, dass die Frauenbewegung nicht versagen wird, sondern sich ihrer Aufgabe bewusst ist. In einer Zeit, wo alle internationalen Männerorganisationen versagt haben, im ersten Kriegsjahre haben Mitglieder der Frauenbewegung einen internationalen Kongress im Haag mit Erfolg abgehalten; haben dort eine feste internationale Organisation, den internationalen Frauenausschuss für dauernden Frieden gegründet, der sich trotz allem Hass und Kampf der Völker im Kriege bewährt, gefestigt und ausgebaut hat und jetzt Frauen von 22 Nationen umfasst, darunter allen kriegführenden. (Ausser den Portugiesen.)

In der Arbeit gehemmt während der Fortdauer dieses Krieges, wird die Organisation sich ausdehnen und wachsen, wenn der Friede endlich wieder eingezogen ist in die europäischen Lande. Und die Frauenbewegung aller Länder muss sich nicht nur zu den Grundsätzen dieser Organisation bekennen, sondern sie wird in ihrer Gesamtheit den Kampf für den Frieden aufnehmen, den sie vor dem Weltkriege nicht geführt hat, in der Annahme, dass Kriege unter Kulturvölker nicht mehr möglich wären.

